

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

212 (13.9.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.-M. einschl. 80 J. Postgebühren; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Abgaben 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 M., ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr, monatl. Einzelgempl. 25 J. Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle und Redaktion: Luitensstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.-M. Die 2spaltige 2.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist: 12 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Neuer Polenaufrüstung in Oberschlesien

WZ. Breslau, 12. Sept. Hier liegen weitere Nachrichten vor, aus denen auf ein bevorstehendes Aufblühen des polnischen Aufstandes geschlossen wird. Schoppin wird als Mittelpunkt der erneuten Bewegung angesehen. Verlesungen in diesem Drie ließen keinen Zweifel über die polnischen Absichten. Zahlreiche, durch die polnischen Drohungen verängstigte Deutsche emigrierten aus Gidzenau, Kosobin und Schoppin. Die Meldungen über polnische Gewalttaten dauern fort. Die Stadt Pleh ist gestern von ihrer französischen Besatzung verlassen worden, dagegen wurden in Ansnit die Italiener von den Franzosen abgelöst. Im Kreise Pleh ist schon am vergangenen Sonntag in einer Versammlung offen erklärt worden, Oberschlesien gehöre bereits jetzt schon in Polen. Pelaita und Bainsow sollen von den Polen erneut befehligt sein. Auch in Myslowitz hat gestern eine polnische Versammlung stattgefunden, in der ebenso wie in Schoppin aufreizende Beschlüsse gefaßt wurden.

Als einer der Hauptkader bei den Breslauer Vorfällen ist nach einer Meldung der „Wirtschaftlichen Zeitung“ aus Breslau ein 17jähriger Gymnasiast verhaftet worden.

Vom Völkerbund

Amsterdam, 12. Sept. Der „Telegraaf“ meldet aus London die vorläufige Tagesordnung der ersten Sitzung des Völkerbundes. Die Punkte der Tagesordnung sind: Zulassung der Staaten, die in der Weisung des Völkerbundesbundes bekannt gemacht worden sind, Vorläufige Festsetzung des Sitzes für 1920, Plan für die Errichtung des permanenten internationalen Gerichtshofes, Errichtung einer permanenten Gesundheitsorganisation, Errichtung einer permanenten Organisation, um die Frage betr. internationale Verbindungen, die laut Friedensvertrag von Versailles zu den Bestimmungen des Bundes gehört, zu behandeln, Gerichtshöfe zur Beilegung der Streitigkeiten, die in den Artikeln 336, 337 und 338 des Versailles Vertrages und den gleichlautenden Artikeln anderer Verträge mit Bezug auf die internationalen Fragen und die Auslegung der Bestimmungen des Friedensvertrages vorgesehen sind, Vorschläge der internationalen Finanzkonferenz, Vorschläge für die wirtschaftliche Waffe des Bundes, die im Ratolle gebraucht werden soll, Aufsicht über die Ausführungen der Abkommen betr. den Handel mit Frauen und Kindern, Anträge eines Bundesvertragsvorschlages der dänischen, norwegischen und schwedischen Regierung, Allgemeine Aufsicht über die Ausführung der Abkommen mit Bezug auf den Handel mit Opium nach Artikel 23 des Friedensvertrages.

Mahnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit

Berlin, 12. Sept. Vom Reichsarbeitsministerium wird uns mitgeteilt: Nachdem die Reichsregierung bereits im Juli d. J. 35 Millionen Mark zum Zwecke einer besonderen Fürsorge für langfristige Arbeitslose bewilligt hat, hat sie sich jetzt mit Rücksicht auf die Verschärfung der Wirtschaftskrise veranlaßt gesehen, die den Ländern in einem Rundschreiben mitgeteilten Bestimmungen für die Gewährung dieser besonderen Fürsorge zu mildern. Zum Ausgleich der dadurch entstehenden Mehrbelastung hat das Reich weitere 10 Millionen Mark bewilligt. Die Einzelheiten in der Durchführung dieser besonderen Fürsorge, insbesondere die Art und Höhe ihrer Leistungen, sind den Ländern und den Gemeinden in gewissen Umfang überlassen. Daneben läßt sich die Regierung den Ausbau der produktiven Erwerbslosenfürsorge durch Bereitstellung neuer Arbeitsgelegenheit mit besonderem Nachdruck angelegen sein. Es wird insbesondere angestrebt, den Erwerbslosen solche Arbeitsmöglichkeiten mehr als bisher zugänglich zu machen, die sich außerhalb der eigentlichen Zentren der Arbeitslosigkeit befinden. Um den Ländern und Gemeinden die Aufnahme der Notstandsarbeiten zu erleichtern, sind die Reichszuschüsse dann neuerdings erhöht worden. Im übrigen ist die Reichsregierung der Auffassung, daß die Arbeitslosenfürsorge nur im Zusammenhang mit der gesamten Wirtschaftslage gelöst werden kann.

Entschädigungszahl ung für Breslau

Berlin, 12. Sept. Der französische Volschaffter in Berlin hat, wie Havas nach einem Pariser Telegramm der „A. Z.“ meldet, einen Schied über 100 000 Franken als Entschädigung für die Breslauer Zwischenfälle erhalten.

Mietverhältnisse — Mieterschutz

Berlin, 12. Sept. In der Presse wird vielfach die Beforgnis geäußert, daß das bestehende Mieterschutzgesetz abgeändert und eine unbeschränkte Steigerung der Mieten zugelassen werde. Dies trifft nicht zu. Eine behördliche Regelung der Mieten wird vielmehr noch lange notwendig sein. Es muß dafür gesorgt werden, daß auch in Zukunft eine Steigerung der Miete nur insoweit zugelassen wird, als zur Deckung erhöhter Aufwendungen des Haushaltes, für Inflation und Veralterung insbesondere für öffentliche Ausgaben, Gebühren und Reparaturen notwendig wird. Das Reichsarbeitsministerium bereitet einen Gesetzentwurf vor, der die Mietverhältnisse regelt und eine unbeschränkte Steigerung der Mieten auch für die Zukunft verhindert. Die Einigungsämter sollen auch in Zukunft bestehen bleiben und die Entscheidung über die Höhe der Mieten im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen haben.

Deutscher für den Anschluß an Deutschland

Wien, 12. Sept. Die christlichsozialistische Partei veröffentlicht einen Wahlauftrag, worin es hinsichtlich des Verhältnisses zu Deutschland heißt: Der Weg des deutschen Volkes zur Weltgeltung führt über die deutschen Mitbürger, vor allem über Österreich, das dem gesamten Deutschum in seiner historischen Mission zu dienen hat. In diesem Sinne haben wir der Stunde, die uns die Freiheit und die nationale Selbstbestimmung wiederbringt und den Zusammenstoß mit den Brüdern im Reich ermöglicht. Bis dahin gilt es, alle Kräfte aufzuwenden, um das österreichische Deutschum kulturell, politisch und wirtschaftlich zu seiner hohen nationalen Aufgabe im Rahmen des großen deutschen Gedankens zu befähigen.

Ernährungsfragen

Berlin, 12. Sept. Nach einer Meldung des „Vorwärts“ lehnte der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages einen Antrag auf Erhöhung der Getreidepreise und auf weitere Gewährung der Frühbruschkörnern ab. Angenommen wurde der Antrag, die Ausmahlung des Brotgetreides auf 85 Prozent herabzusetzen und höchstens 10 Prozent Strohmittel zu verwenden. Ferner wurde eine Entschädigung angenommen, in der die Regierung ersucht wird, vom 15. September ab die tägliche Mehlration auf 260 Gramm zu erhöhen. Außerdem wurde beschlossen, die Regierung zu ersuchen, das Auslandsgetreide so zu verbilligen, daß die bisherigen Mehlpreise beibehalten werden können. Der Ausschuss beschloß ferner, den amerikanischen Spendern für das Angebot der amerikanischen Weizenmehl den Dank auszusprechen. Ueber die Aufhebung der Fleischwirtschaft sollte der deutschnationale Abn. Schiele mit, daß ein Uebereinkommen zwischen den drei größten Verbänden der Landwirtschaft und Fleisch abgehandelt sei, wonach der Preis für Rindfleisch auf 10.50 M das Fund und für Schweinefleisch auf 12-15 M das Fund auch nach Aufhebung der Zwangswirtschaft garantiert werden soll.

Linksradikale Anarchoide — Wahrheit oder Spinnarbeit?

Berlin, 12. Sept. Die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht in ihrer heutigen Nummer einen ausführlichen Anarchoide, dessen Ziel Gottschalk sein soll. Er enthält genaue Angaben über Einteilung, Stärke und Befehle zu einer Kampfanleitung und die Nachrich, daß für Mitte des Monats Lebensmittelfrakturen angeht seien. Nach den Erfahrungen, die in letzter Zeit mit solchen Nachrichten gemacht worden sind und deren Nachprüfung oft den Beweis völliger Unmöglichkeit oder übertriebener Aufmachung hatte wird auf die Gefahr hingewiesen, die die Verbreitung derartiger unkontrollierbarer Nachrichten hat. Von den zuständigen Behörden ist eine Untersuchung in dieser Angelegenheit eingeleitet worden.

Fiume

Paris, 12. Sept. „Havas“ meldet aus Fiume, daß der Nationalrat, nachdem er d'Annunzio sein Vertrauen ausgesprochen hatte, zurückgetreten ist, weil er sich nur für ernachrichtigt hielt, einer Anktion Fiumes durch Italien seine Zustimmung zu geben, während die Proklamierung zum Freistaat nicht seiner Ansicht entsprach. Bis zu den Verhandlungen hat der Rat die Gewalt dem Kommandanten übergeben. D'Annunzio wird in Fiume bleiben, bis die Anktion Fiumes durch Italien erfolgt ist.

Vom englischen Arbeiterkongress

Paris, 12. Sept. Auf der gestrigen Schlußsitzung des Kongresses der Trade Union in Portsmouth erregte die Erklärung eines Mitgliedes großes Aufsehen, daß verschiedene Gewerkschaften anlässlich der Wahlen in den parlamentarischen Ausschuss Stimmen gekauft hätten. Eine Kommission wurde daraufhin mit der Untersuchung der Angelegenheit beauftragt, der parlamentarische Ausschuss wird seine Tätigkeit erst nach Abschluß der Untersuchung aufnehmen.

Der Wirtschaftskampf in Italien — eine Niederlage der Radikalen innerhalb der Bewegung

Mailand, 12. Sept. Die Konferenzen zwischen den Vertretern der Arbeiterorganisationen und der Leitung der sozialistischen Partei sind beendet. Die Extremisten sind mit ihren Forderungen vollständig unterlegen. Die angenommenen Entschlüsse geben der Metallarbeiterbewegung eine vollkommen andere Wendung, da die Konferenz es abgelehnt hat, den Forderungen der Extremisten zu entsprechen, wonach die Führung der Metallarbeiterbewegung in die Hände der Parteileitung gelegt werden sollte. Dagegen wurde eine Entschädigung angenommen, der zufolge die Metallarbeiterbewegung in Rahmen einer gewerkschaftlichen Bewegung mit ausschließlich wirtschaftlichen Zielen weitergeführt werden soll. Die Leitung der weiteren Bewegung übernimmt der allgemeine Arbeiterbund, der die Bewegung nicht auf andere Arbeiterkategorien ausdehnen wird. Es soll lediglich eine Kontrolle über die industriellen Betriebe angeordnet werden. Die sozialistische Kammerfraktion richtete an den Ministerpräsidenten und den Kammerpräsidenten das Ersuchen auf Einberufung der Kammer.

Die Politik Australiens

Melbourne, 12. Sept. Eine Neumeldung aus Melbourne zufolge hielt Ministerpräsident Hughes im Abgeordnetenhaus eine Rede über die Verteidigungspolitik der australischen Regierung. Es sei für die australischen Behörden eine Lebensfrage, Australien für die Europäer zu erhalten. Die Verteidigung der deutschen Gebiete in der Südsee sei eine ernste Angelegenheit. Die nationale Sicherheit Australiens fordere es, daß es einen Teil der Verantwortlichkeit des Imperiums der See auf sich nehme. Seeschiffe seien noch immer der Hauptbestand der Verteidigung zur See. Infolge der äusseren Umstände müsse man sich jedoch vorläufig auf leichtere Kreuzer und andere kleinere Schiffe beschränken. Der Redner sagte, er hoffe auf eine Reichsflotte, zu der alle Dominions beitragen würden. Die Luftstreitkräfte würden in Bereitschaft gebracht unter Aufsicht eines Rates, in dem Meer und Flotte vertreten seien.

Fluchtversuch des türkischen Kronprinzen

Konstantinopel, 12. Sept. Der Kronprinz, der nach Anatolien zu entfliehen versuchte, wurde unter starker Verwahrung gefasst. Diese Nachricht verursacht in allen Kreisen große Unzufriedenheit, da der Kronprinz keine Weisung zu den Rebellen mitbrachte.

Der Fluchtversuch des Kronprinzen hängt, wie „Havas“ berichtet, mit einer gewissen Gährung in Kleinasien zusammen. Die Nationalisten sollen die verfügbaren Fonds der Otonomischen Bank an sich gerissen haben, wobei verschiedene Angestellte getötet worden sein sollen.

Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot in Karlsruhe

Von Stadtrat A. Philipp (Karlsruhe).

Vor einigen Tagen hatte ich Gelegenheit, in der „Elektrischen“ die Unterhaltung einiger Herren über die gegenwärtige Arbeitslosigkeit anzuhören. Dabei konnte ich wahrnehmen, daß das A und das B der ganzen Unterhaltung in dem Satz anklang, daß die Arbeitslosen nicht arbeiten wollten, sonst würden sie Arbeit bekommen. Auf meine Frage: „Wo ist denn die Arbeitsgelegenheit?“ wurde mir kurz geantwortet: „Überall“.

Ich war erstaunt über eine derartig bodenlose Unkenntnis und erklärte den Herren, daß sie entweder verstanden, die Arbeitslosen böswillig zu verleumden, oder aber, daß sie wirklich mit verbundenen Augen und Ohren in der Welt herumlaufen.

Wie liegen denn die Dinge zurzeit? Seit einigen Wochen vergrößert sich das Heer der Arbeitslosen von Tag zu Tag. Trotz der auch in Karlsruhe bestehenden Erkenntnis: „Wir müssen arbeiten“, werden in verschiedenen größeren Betrieben immer und immer wieder Leute entlassen. Dabei handelt es sich nicht um solche Arbeiter, die „froh sind, wenn sie bummeln dürfen“, sondern um solche, die jede Arbeitsgelegenheit mit Freuden begrüßen. Dazu kommt, daß nicht nur Arbeiter, sondern auch Kleingewerbetreibende über Arbeitslosigkeit sehr zu klagen haben. Es kann also wirklich keine Rede davon sein, daß diejenigen, die arbeiten wollen, auch Arbeit bekommen können. Im Gegenteil! Durch die fürchterliche Angst der Stadtverwaltung, neue Schulden zum Zweck von Arbeitsbeschaffung zu machen, wird das Heer der Arbeitslosen immer größer und größer.

Was nicht es denn, wenn nach den letzten Unruhen hier eine Kommission zur Beschaffung von Arbeit gebildet worden ist? Nach meiner Auffassung rein gar nichts, wenn man sich nicht endlich entschließen kann, durchgreifende Maßnahmen zur Beschaffung von Arbeit zu treffen.

Was will es denn heißen, wenn man in Kuppfer, or. Kuppfer und auf dem Exerzierplatz für circa 500 000 M. Arbeit begonnen hat. Daran sind ungefähr 150 Arbeiter beschäftigt, während annähernd 2000 noch arbeitslos sind. In kurzer Zeit werden auch diese Arbeiter wieder auf der Straße liegen. Die Wohnungsbauten in Mühlburg und hinter der Tullaschule gehen ebenfalls ihrer Vollendung entgegen und auch diese Arbeiter werden wieder brotlos.

Wohl wird man mir entgegenhalten, daß im Hardtwald die Schaffung einer Veredelungsanlage und am Rheinbogen die Schaffung einer neuen Zufahrtsstraße in Aussicht genommen seien. Auch diese Arbeiten sind nur ein Rohbeleg und werden kaum mehr Arbeiter, wie an den von mir obengenannten drei Arbeiten, beschäftigt werden können.

Also alle diese Dinge, auch wenn dabei der beste Wille der Stadtverwaltung vorhanden ist, die Arbeitslosigkeit zu mildern, bedeuten nur einen Tropfen auf einen heißen Stein.

Hier müssen also andere Wege gesucht und auch gefunden werden und zwar rasch, sonst kann es kommen, daß gerade diese Herrschaften, die die Arbeitslosen als Faulenzer betrachten, Zeiten erleben, in denen sie das Schlotter ihrer Fü.: überhaut nicht mehr los werden.

Täuschen wir uns nicht. Die Gefahr ist größer wie viele glauben. Schon flimmert der Funken unter dem Pulverfaß. Sorgen wir also, daß es nicht zur Explosion kommt.

Das kann einestheils dadurch geschehen, daß auf dem schnellsten Wege die Wiederherstellung der städtischen Gebäude in Angriff genommen wird. Viele Kleingewerbetreibende und viele Arbeiter fast aller Berufsgruppen des Baugewerbes könnten hier wochen-, ja monatelang Beschäftigung finden.

Dann muß es als eine der wichtigsten Aufgaben betrachtet werden, die gegenwärtige Wohnungsnot zu lindern. Was nützt es denn, wenn zurzeit circa 150 Wohnungen hergestellt werden, wir aber mit rund 5000 Wohnungssuchenden zu rechnen haben.

Was nützt es weiter, wenn Tag für Tag 4 Kommissionen in Karlsruhe herumlaufen und die großen Wohnungen kontrollieren, ob man nicht einige Zimmer abtrennen und eine Familie hinein setzen kann? Das ist Nidarbeit, mit der wir nicht im geringsten über die Wohnungsnot hinweg kommen.

Grundbedingung zur Beseitigung der Wohnungsnot ist und bleibt die Herstellung neuer Wohnungen. Es ist noch nicht lange her, da lag der Grund, daß nicht mehr Wohnungen gebaut werden, am Materialmangel. Heute aber ist dieser Materialmangel behoben. Fast alle Ziegelfabriken sitzen heute vollgepflöpft mit Backsteinen und Dachziegeln und auch der Preis für diese Materialien ist bedeutend gesunken. Also an Baumaterialien fehlt es heute nicht mehr. Es müssen also andere Gründe sein, weshalb nicht genügend gebaut wird. Diese Gründe liegen darin, daß man angeblich die Mittel zum Bauen nicht aufbringen kann.

„Wir müssen sparen“, sagt der Reichsfinanzminister. „Wir müssen sparen“, sagen alle Minister in den einzelnen Staaten und wir müssen sparen, sagen alle Stadt-

Verwaltungen und nicht zuletzt die Verwaltung der Stadt Karlsruhe.

Es ist nicht Ironie, wenn auf der einen Seite die Lösung durch das ganze Reich geht: „Wir müssen sparen“, während auf der andern Seite Millionen von Menschen in Deutschland obdachlos und tausende von Menschen in Karlsruhe ohne Wohnung sind oder zusammengepfercht wie die Serrige, Jung und Alt beiderlei Geschlechts, in einem einzigen Raum wohnen müssen?

Will man denn bei den führenden Männern im Reich, Staat und Gemeinden immer noch nicht einsehen, daß diese Art von Sparmaßnahmen uns nicht nur dem Ruin, sondern auch dem Bürgerkrieg entgegen führen kann? Wahrhaftig, es ist Zeit, höchste Zeit, daß mit dieser Latenzlosigkeit und mit dieser Art von Sparmaßnahmen ein Ende gemacht wird.

Dies kann in Karlsruhe insbesondere dann geschehen, wenn man seitens der führenden Männer im Rathaus den Mut findet, dem Bürgerkrieg entgegen Vorlagen zu unterbreiten, worin beantragt wird, zur Herstellung von Wohnungen langfristige Willkürkautelen zu genehmigen. Der Bürgerkrieg wird derartige Anträge genehmigen, weil ich nicht glaube, daß auch nur ein einziges Mitglied sich der Erkenntnis verschließen könnte, daß der Wohnungsnot nur durch Herstellung neuer Wohnungen und damit der Arbeitslosigkeit abgeholfen werden kann.

Durch ein solches Vorgehen wäre mit einem Schlage nicht nur die Unzufriedenheit großer Teile der städtischen Bevölkerung beseitigt, es könnten auch Kleinmeister und Arbeiter aller Berufsgruppen beschäftigt werden.

Es wäre nicht mehr notwendig, jährlich Millionen für Erwerbslosenunterstützung auszugeben und die Arbeiter hätten es nicht mehr notwendig, sich von einzelnen Menschen, denen es immer sehr gut geht und die noch nie im Leben die Not kennen gelernt haben, beschimpfen zu lassen.

Allerdings hätten an der Tilgung dieser Millionenanleihen auch spätere Generationen zu tragen. Das kann aber nicht anders sein, weil es nicht verlangt werden kann, daß die heutige Generation allein die Mittel aufbringt, um die Not und das Elend tausender von Menschen zu lindern.

Wenn ich also mit diesen meinen Vorschlägen an die Verantwortlichen gegangen bin, so deshalb, um erstens den führenden Männern in der Stadtverwaltung zu sagen, daß es in dieser Weise wie bisher nicht weiter gehen kann und zweitens, weil ich den Log kommen sehe, wo es mit der Langmut und der Geduld der Arbeitslosen und der Wohnungslosen zu Ende ist und wir schließlich Dinge erleben können, die zu vermeiden wir im Interesse unserer Stadt die größte Ursache haben.

Preisabbau durch gewerkschaftliche Selbsthilfe

Die in letzter Zeit in den verschiedensten Gegenden des Landes zutage tretenden Bestrebungen der Gewerkschaften, durch Selbsthilfe einen Preisabbau herbeizuführen, haben den Betriebsrat der Hamburger G.E.G.-Betriebe veranlaßt, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. In einer Sitzung vom 30. August wurde der nachstehende Beschluß gefaßt:

Der gemeinsame Betriebsrat der Hamburger G.E.G.-Betriebe hat sich in seiner heutigen Sitzung mit der vom Gewerkschaftsverband ins Leben gerufenen Organisation des Warenbezugs zur Versorgung der gewerkschaftlich organisierten Bevölkerung Hamburgs mit billigen Waren befaßt. Er ist der Überzeugung, daß diese Aktion nicht das geeignete Mittel ist, einen dauernden Preisabbau herbeizuführen, der eine wirkliche Verbilligung der Lebenslage ermöglicht. Ein Augenblickserfolg kann an dieser Auflösung nicht rütteln. Er kann nur zu größeren Unternehmungen anregen, die die Gefahr in sich bergen, eines Tages einen Preisfall zu erleben, der den ganzen Bestrebungen mehr schadet, als es vorher Nutzen brachte. Der Waren-Einkauf kann nicht Aufgabe von Gewerkschaftsführern und Vertretern sein, da diese infolge ihrer Tätigkeit gar nicht in der Lage sind, sich über die Marktlage zu informieren.

Der Betriebsrat kennt als einziges und wirklich wirksames Mittel, einen fortlaufenden Preisabbau zu erreichen, nur die Waren-Vermittlung auf genossenschaftlicher Grundlage. Diese mit allen Mitteln zu fördern durch die finanzielle Stärkung und den inneren Ausbau der bereits bestehenden Konsumgenossenschaften (sollt deren Name für die einzelnen Orte) erachtet der Betriebsrat als die in diesem Augenblick gegebene Aufgabe der

Gewerkschaften. Er beauftragt daher das Komitee, bei den ihm angeschlossenen Gewerkschaften mit allem Nachdruck dahin zu arbeiten, daß alle gewerkschaftlich organisierten sich auch in der Konsumgenossenschaftlichen Organisation zusammenschließen, da nur dann der gewünschte Preisabbau und damit eine Verbesserung der Lebenslage erreicht wird.

Die verärgerte Regierungspartei

Demokraten und Zentrum haben in letzter Zeit wiederholt die dringende Aufforderung an die Sozialdemokratie gerichtet, doch wieder in die Regierung einzutreten, da die jetzige Basis zu schwach und zu wenig tragfähig sei. Der Wunsch der beiden Mittelparteien wird — von ihrem Standpunkt aus — verständlich, wenn man das Verhalten ihres dritten Koalitionserbänderten, der Deutschen Volkspartei, in der Deffentlichkeit verfolgt.

Die Deutsche Volkspartei ist durch eine wüste Geze gegen die vorige Koalitionsregierung zu ihrer jetzigen Machtposition gelangt. Indem sie der alten Koalition die Schuld an den Zuständen zuschob, von denen sie unerschrocken sehr wohl weiß, daß sie unumkehrbare Folgen des verlorenen Krieges waren, gelang es der Deutschen Volkspartei, ein gut Teil des bürgerlichen Spektakels hinter sich herzuführen. Mit dem Augenblick, wo sie selber an die Regierung gelangte, wurde die Lage für sie aber ähztlich: Aufträge, irgend etwas Bestimmtes zu machen, unfähig, ihre Agitationsversprechungen zu erfüllen, kann sie sich nur dadurch behaupten, daß sie ihre Wähler über die Tatsache hinwegtäuschen sucht, daß nun sie selber die Verantwortung trägt.

In ihren Organen wendet die Deutsche Volkspartei ein Mittel an, das in seiner neuen Unerschämtheit einzig dastehen dürfte: Sie, die offizielle Regierungspartei, schreibt und redet so, als ob nicht sie in der Regierung wäre, sondern die außerhalb der Regierung stehende Sozialdemokratie.

Beweist diese Unerschämtheit getrieben wird, dafür zeigt ein Artikel in der „Täglichen Rundschau“. Der sozialdemokratische Beamten- und Futtermarkt. Der Verfasser des Artikels, er zeichnet M. S., beginnt mit der merkwürdigen Feststellung, daß wir jetzt im sozialdemokratischen Staat leben! Im sozialdemokratischen Staat, der von der — Deutschen Volkspartei regiert wird! Er schimpft dann, daß der heutige Staat eine Versorgungsanstalt für die Anhänger der Regierungsparteien sei, wobei er aber immer so tut, als sei Regierungspartei nicht etwa die Deutsche Volkspartei, sondern die Sozialdemokratie.

Der „regierende Sozialismus“ überfüllt nach Ansicht des Verfassers Eisenbahn und Post (die beide dem Reich gehören) mit hundertehtend überflüssigen Beamten, die nur faulenzten. Die Reichsfinanzverwaltung arbeite nicht, immer neue Innovationen von Beamten „prüfen“ empore und die Regierung habe nur das Bestreben, „johel Sozials wie möglich an die „Sozialisten“ zu stellen, die dort ein „Schlaafen-arbeitendes“ führen. An anderer Stelle spricht der Verfasser davon, daß „Sozialdemokratie, Zentrum und Demokraten heute kein Bedenken tragen, das unwürdige Amt mit einer Ueberfülle von Beamten auszustatten“, ein paar Zeilen weiter berichtet er, daß diese drei Parteien „seit dem Amtszug im Reich regieren“.

Das alles steht in einem Blatt, das seit drei Monaten regierenden Deutschen Volkspartei. Man muß einfach staunen, wie gering dies „Organ für die Gebildeten aller Stände“ die Intelligenz seiner Leser einschätzt. Denn jeder Leser von auch nur ganz bescheidenem politischer Finisier muß doch erkaunt fragen: Was ist denn das, was bedeutet das? Die Sozialdemokratie regiert doch nicht, sondern die Deutsche Volkspartei und zwar nun schon seit geraumer Zeit. Was tut sie denn, um diese Mißwirtschaft einzuschränken, um die angeblich vielen Hundertehtend überflüssigen Beamten zu entfernen, der angeblich finanziellen Verschwendung Einhalt zu tun? Warum stellt sich ihr Organ, die „Tägliche Rundschau“, hin und jammert über ungewöhnliche Zustände, wo doch die Deutsche Volkspartei als Regierungspartei es in der Hand gehabt hätte, all das längst zu beseitigen, worüber hier geklagt wird?

Die Antwort darauf kann nur folgendermaßen lauten: Das ganze Geze wird hier nur angezettelt, um gedankenlose Leser die Veränderung seit den letzten Reichstagswahlen vergessen zu machen. Der Spießbürger soll noch immer glauben, die Sozialdemokratie treibe im Reich die Mißwirtschaft und die Deutsche Volkspartei kämpfe als Opposition dagegen an. Deswegen werden auch jetzt noch die Kriegsjahre hingestellt als Erzeugnisse republikanischer Lotteriewirtschaft, obwohl jede Anlage gegen die Zustände in der Reichsverwaltung ein Schlag ins Gesicht der Deutschen Volkspartei ist. Die Deutsche Volkspartei oberheit sich selber, will aber ihren Wählern weis machen, die Sozialdemokratie werde georbeitet.

Aus diesem verzweifeltten Mander ergibt sich für uns die Erkenntnis, in welcher verzweifelter Lage die Deutsche Volkspartei sich jetzt ihrem Regierungsantritt den Massen ihrer Wähler gegenüber befindet. Wenn die Deutsche Volkspartei schon jetzt alle

Schuld auf die „regierende Sozialdemokratie“ zu wälzen sucht, wo nicht diese, sondern sie selber regiert, wie würde sie sich da erheben, wenn die Sozialdemokratie wirklich mitregierte!

Mit dieser Partei geben wir nicht in eine Regierung, sondern wir trafen in Eichenruhe ab, bis sie sich in der Schlinge ihrer verlogenen Agitation selber erdroffelt hat. Sie soll nur ruhig weiter über die Mißwirtschaft im Reich und die berrötete Reichsregierung kämpfen. Mit der Zeit wird selbst das schwerfällige Gehirn ihrer eigenen Anhänger dahinter kommen, daß die Deutsche Volkspartei selber Teilhaberin der Regierung ist, die sie beschimpft. Und dann sind die Stresemänner am Ende ihres Rates.

U. S. P.

„Zur rechten Zeit zu sterben wissen“

Der zweite Kongreß der Dritten Internationale bedeutet den Anfang vom Ende der unabhängigen Partei. Schon laufen die Meldungen ein, daß sich einzelne Vereine in der Partei für die Annahme der Moskauer Bedingungen ausgesprochen haben, ein anderer ist bereits mit seinen 48 Mitgliedern wieder zurück zur Partei geflohen, auch ein im Dienste der Unabhängigen stehendes Blatt hat die Erklärung abgegeben, nunmehr im Sinne der Mehrheitspartei zu wirken und von den alten Führern ist Heinrich Ströbel als erster wieder in den Schoß der alten Sozialdemokratie zurückgekehrt. Bis zum Parteitag der Unabhängigen, der in der zweiten Hälfte des Oktober zusammentritt, werden die Parteipäpste noch manches Wunder erleben. Der Verfassungskongreß wird fortgeschritten und nach menschlicher Voraussicht dürfte nach Schluß des Parteitages die Unabhängige Partei vollkommen auseinanderfallen. Dieses Ende sieht die „Hamburger Volkszeitung“, die bekanntlich von Dr. Kurt Geyer geleitet wird, bereits voraus. In ihrer Nr. 208 protestiert sie heftig gegen die Beschlüsse der Reichskonferenz, die zum Verzeifeln wären, wenn man nicht wüßte, daß diejenigen, die sie gefaßt haben, nicht die Masse sind. Weltlich heißt es:

„Die Dinge drängen zu einer letzten Entscheidung. Sie sind überreif. Bei den Massen wird es liegen müssen, zu entscheiden, ob die bisherige schwankende Politik (Ein nettes Eingeständnis D. Red.) fortgesetzt oder ob endlich nach revolutionären Richtlinien gearbeitet werden soll. Eine Klärung in dieser Richtung hat die Reichskonferenz nicht gebracht und konnte sie auch nicht bringen. Die Vorsitzenden haben teilweise bewiesen, daß die Differenzen schon längst hätten zum Austrag kommen müssen. Dann hätten sie nicht eine solche gebäffte, scharfe und persönliche Note erhalten, wie auf der Konferenz. Auch für die U. S. P. gilt das alte Wort: Man muß zur rechten Zeit zu sterben wissen!“

Diese Mahnung, zur rechten Zeit zu sterben, kommt leider nicht zur rechten Zeit. Im Interesse der deutschen Arbeiterbewegung hätte die U. S. P. schon längst von der Bildfläche verschwinden müssen, ja hätte sie überhaupt gar nicht gegründet werden dürfen. Ob das Sterben jetzt so leicht wird, bezweifeln wir sehr, aber es wird trotz aller Sträubnisse der „Wogen“ nicht aufzuhalten sein.

Die bürgerliche Reichstagsmehrheit und die Erwerbslosenfürsorge

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages beendete nach längeren Beratungen die Aussprache über die Arbeitslosenfürsorge und zwar mit dem Ergebnis, daß fast alle sozialdemokratischen und unabhängigen Anträge abgelehnt wurden. Die Ablehnung erfolgte zum Teil mit 16 bürgerlichen gegen die 12 Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien hin und wieder auch mit 15 gegen 13 Stimmen. Des kam daher, weil das Zentrum alle Arbeitervertreter, die es früher für sozialpolitische Anträge delegierte, aus dem Ausschuss zurückgezogen hat und bei den Demokraten nur der Abg. Erkelenz als Arbeitnehmervertreter stimmte. Daß die beiden Reichsparteien keinen Arbeitervertreter in ihren Reihen zählten, wird man demnach verstehen. Fabrikbesitzer, Bergwerksdirektoren, Verbandsräte und dergleichen waren ihre Sachverständigen für Arbeitslosenfragen. Kein Wunder, daß sogar die selbstverständliche Forderung, die Höhe der Erwerbslosenunterstützung den besonderen Bedürfnissen des Winters anzupassen, gegen die Stimmen der Deutschnationalen erklämpft werden mußte. Auch sonst fanden nur die Kompromißanträge des Zentrums und der Demokraten Annahme, die eine besondere Fürsorge für langfristige Erwerbslose und eine gezielte Befahrung der bisher geltenden Verordnungen und der produktiven Erwerbslosenunterstützung verlangten oder

Lichtenstein

Romantische Sage von Wilhelm Hauff (Fortsetzung.)

„Was nennst du die gute Sache?“ antwortete Marie. „Der Herzogs Sache ist vielleicht nicht minder gut als die eure. Du sprichst so, weil ich hübsch seid. Ich bin eine Bürttembergin, und mein Vater ist seinem Herzoge treu. Doch sollen wir Mädchen über den Krieg entscheiden? Daß uns lieber auf Mittel fassen, ihn noch einmal zu sehen.“

Berta hatte über die Teilnahme, mit welcher sie der Geschichte ihrer Waise zugehört hatte, ganz vergessen, daß sie ihr jemals gram gewesen war. Sie war überdies für alles Geheimnisvolle empfänglich, daher kamen ihr diese Mitteilungen erwünscht. Sie fühlte, wie wichtig und ehrenvoll der Posten einer Vertrauten sei, und gab sich daher alle mögliche Mühe, dem liebenden Paar mit ihrem Scharfsinn zu dienen.

„Ich hab's gefunden“, rief sie endlich aus, „wir laden ihn geradezu in den Garten.“

„In den Garten?“ fragte Marie schüchtern und ungläubig, „und durch wen?“

„Ein Wirt, der gute Vetter Dieterich, muß ihn selbst bringen“, antwortete sie, „das ist herrlich, und dieser darf auch kein Wortchen davon merken, laß mich nur dafür sorgen.“

Marie, entschlossen und stark bei großen Dingen, zitterte doch bei diesem gewagten Schritte. Aber ihre mutige, fröhliche Waise mußte ihr alle Bedenkllichkeiten auszuweisen, und mit erneuerter Hoffnung und befreit von der Last des Geheimnisses, umarmten sich die Mädchen, ehe sie sich zur Ruhe legten.

7.

Und wie ein Geist schlingt um den Hals Das Liebchen sich herum:

„Wißt mich verlassen, liebes Herz, Auf ewig?“ und der bittere Schmerz Macht's arme Liebchen stumm.

Schubart.

Einnend und traurig sah Georg am Mittag nach dem festlichen Abend in seinem Gemach. Er hatte Lichtenstein besucht und wenig Tröstliches für seine Hoffnungen erfahren. Der Kriegsrat hatte sich an diesem Morgen versammelt, und unwiderstehlich war der Krieg beschlossen worden. Zwölf Edelknechte waren, die Abgesandte des Herzogs von Bayern, der

Mitternacht und gesamter Städte an ihre Längen gehetzt, zum Württemberg nach Blaubeuren zu bringen. Auf den Straßen rief man einander fröhlich diese Nachricht zu, und die Freude, daß es jetzt endlich ins Feld gehen werde, stand deutlich auf allen Gesichtern geschrieben. Nur einen traf diese Kunde wie das schreckliche Nachwort seines Schicksals. Der Gram trieb ihn aus dem Kreise der fröhlichen Gesellen, die jetzt den Weinstuben zuzogen, um in lautem Jubel das Geburtsfest des Krieges zu begehen. Ah! ihm waren ja schon die Würfel gefallen! Ein blutiges Schlachtfeld dehnte sich zwischen ihm und seiner Liebe aus, sie war ihm auf lange, vielleicht auf ewig verloren.

„Gib mir die Treue“, sagte er, „wenn ich nicht wieder kommen werde.“

„Nun, und hüpfst du das Herz nicht freier?“ „Gibt Ihr auch gehet — nein, das könnt Ihr nicht wissen“, fuhr Dieterich fort, indem er zutraulich näher zu ihm trat, „daß die Schmeißer behindert abgehen?“

„Wie, sie gehen?“ unterbrach ihn Georg. „Also hat der Krieg schon ein Ende?“

„Das möchte ich nicht gerade behaupten“, fuhr der Natschreiber bedenkllich fort, „der Herzog von Württemberg ist noch ein junger, mutiger Herr und hat noch Ritter und Dienstleute genug. Zwar wird er wohl keine offene Feldschlacht mehr wagen, aber er hat feste Städte und Burgen. Da ist einmal der Hohenstein und darin Stephan von Lichow, ein Mann wie Eisen. Da ist Göttingen, das Philipp von Neuhberg auch nicht auf den ersten Stußschuß ergeben wird. Da ist Edornsdorf, Rothenberg und Asperg, da ist vor allem Tübingen, das er tüchtig besetzt hat. Es wird noch mancher ins Gras beißen, bis Ihr Eure Kasse im Wedar tränket.“

„Nun, nun!“ fuhr er fort, als er sah, daß seine Nachrichten die finstere Stimm seines Schweigenden Gasten nicht aufheitern konnten. „Wenn Ihr diese kriegerischen Vorkämpfer nicht fröhlich aufnehmet, so schenkt Ihr vielleicht einem fröhlichen Auftrug ein geneigtes Ohr. Sagt einmal, habt Ihr nicht irgendwo eine Waise?“

„Waise? Ja, warum fragt Ihr?“

„Nun sehet, jetzt erst verziehe ich die verwirrten Reden, die vorhin Berta vorbrachte. Als ich aus dem Rathause kam, winkte

sie mir hinauf und befahl mir, meinen Gast heute nachmittag in ihren Garten an der Donau zu führen. Marie habe Euch etwas sehr Wichtiges an Eure Waise, die sie sehr gut kenne, aufzutragen. Ihr müßt mir schon den Gefallen tun, mitzugehen. Solche Geheimnisse und Aufträge sind zwar gewöhnlich nicht weit her, und ich wollte weiten, sie geben Euch ein Wärtlein für den Herbst und eine Probe seiner Waise, oder ein tüchtiges Geheimnis der Hochkunst, oder gar ein paar Körnlein von einer seltenen Blume mit, denn Marie ist eine große Gärtnerin — doch, wenn Ihr gestern an dem Mädchen Gefallen gefunden habt, acht Ihr wohl gerne mit.“

Witten in dem schmerzlichen Gedanken an die Scheidestunde mußte Georg über die List der Mädchen lachen. Freundlich bot er dem guten Boten die Hand und schickte sich an, ihn in den Garten zu begleiten.

Dieser lag an der Donau ungefähr zweitausend Schritte unter der Brücke. Er war nicht groß, geugte aber von Gestalt und Fleiß. Die schönen Obstbäume waren zwar noch nicht belaubt, und die in wunderlichen Formen abgestohlenen Beete hatten noch keine Blumen, aber ein langer Laubgang, der an dem Ufer des Flusses sich hinzog und sich in eine geräumige Laube endete, gab durch sein helles Grün einen lebhaften Anblick und hinlänglichen Schutz gegen die, einem weichen Gals und schönen Armen so gefährlichen Strahlen der Märzsonne. Dort, auf dem breiten, bequemen Steinsteig, wo die Läden der Laube eine freie Aussicht die Donau hinauf und hinab gewährten, hatten die Mädchen unter mancherlei Gesprächen der jungen Männer geharrt.

Marie sah traurig in sich gefehrt. Sie hatte den schönen Arm auf einer Aude der Laube aufgestützt und das von Gram und Tränen müde Köpfchen in die Hand gelegt. Ihr dunkel-glänzendes Haar hob die Waise ihres Teints um so mehr heraus, als stiller Kammer ihre Wangen geblüht, und schlaflose Nächte dem lieblichen blauen Auge seinen sonst so überausenden Glanz geraubt und ihm einen matteren, viellicht nur um so anziehenderen Schimmer von Melancholie gegeben hatten. Das vollendete Bild fröhlichen Lebens, sah die frische, runde, stolze Verto neben ihr. Wie ihre gelblichen Lippen mit Mariens dunklen Haaren, ihr rundes, frisches Gesichtchen mit den ovalen, schärferen Formen ihrer Waise, wie ihre freundlichen, beweglichen hellbraunen Augen in auffallendem Kontrast standen mit dem finstern, geistvollen Blick Mariens: so wurde auch jene ihrer raschen, lebhaften Bewegungen zum Gegenstand gegen jene stille Trauer.

(Fortsetzung folgt.)

auf die Br...
kulturen...
und Dän...
Der G...
des Volk...
ter, der a...
den Arbeit...
keiten will...
Zinspartei...
die weitere...
verbesse...
schlechte...
abgeordnet...
Berkelins...
des Staats...
als die For...
den dringen...
für die Ge...
leben.
Bleibt...
schweres...
zu werden...
sahung des...
verlangen.

Das D...
tatsächl...
mal am 22...
ung nach...
schen Reg...
santung...
gen finden...
sich eine...
des Zentral...
ordnung ge...
Nichtmög...
Königin U...
Das R...
zielen, bei...
gen, die be...
zu entlassen...
aufgehoben...
tegebrach...
tern der E...
werden. Die...
wieder...
Entlassung...
stellen im...
um Verban...
um eine A...
10. und 17...
eine daß...
langen un...
Zentralver...
die Entlass...
mög sachl...
berichtet w...
den und de...

Frei...
Abtische...
in Korkstr...
mollsch...
vom Geme...
schen Birg...
belds gena...
aufzubau...
Wohnstätt...
stimmten, a...
grezen um...
katalogisch...
geführt, da...
Schlachter...

Billig...
Betrag von...
boten dur...
wurde mit...
sufsen bei...
Reueffekt...
Stimmenh...

Das S...
Wähler...
unter Hau...
Fahnen...
sch in Ven...

Wenige...
sch im Gra...
im Kleiner...
auf seinen...
ob der un...
weit ist die...
Dinge: Hi...
kann. Dor...
Dann ein...
seinen Fuß...
großes Be...
weite Welt...
zu. Anap...
stiller J...
hellen Jan...
wird sich...
Freundeng...
Spiel wach...
den müde...
ein Tisch...
auf dem B...
Körbchen...
Kreuzlan...
hiera sie de...
sch und ba...
Freierfü...
nder Selb...
nen Mens...
marm, imm...
und die be...
Egon sieht...

Da Fe...
red, jetzt...
braut. Da...
der die 14...

auf die Inangriffnahme von Bahn- und Kanalarbeiten, Oebland- kulturen, Siedelungen und die Senkung der Preise für Baustoffe und Baumittel hingelen.

Der Geist der Beratungen spiegelt sich in einem Ausdruck des Volksparteilers Gebhart von der Deutschen Volkspartei wieder, der ausführt, mer nach 26 Wochen Arbeitslosigkeit noch keine Arbeit gefunden hat, der hat bewiesen, daß er nicht arbeiten will. Ein Ausdruck, der künftige Entrüstung bei den Parteiparteien hervorrief. Am Ende einige man sich dahin, daß die weiteren Maßnahmen des Arbeitsministeriums über die Erwerbslosenfürsorge mit einer feinen Unterkommission des Ausschusses besprochen werden sollen, in welche jede Partei einen Abgeordneten entsendet. Schon jetzt ergab sich das merkwürdige Verhältnis, daß die Jungkandidaten des Arbeitsministeriums und des Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium oft weiter gingen als die Forderungen der bürgerlichen Parteien. Wenn sich diese dem beengenden Bedürfnissen der Arbeitslosen in der Kommission nicht geneigter zeigen, werden sie eine schwere Verantwortung für die Gestaltung der inneren Verhältnisse Deutschlands auf sich laden.

Wählt die Haltung der bürgerlichen Mitglieder des Ausschusses so „volksfremdlich“ wie bisher, dann dürfte die Abwesenheit der sozialdemokratischen Parteien die sofortige Einberufung des Reichstages zur Nachprüfung der Ausschlußbeschlüsse verlangen.

Soziale Rundschau

Das Deutsche Zentral-Komitee zur Bekämpfung der Tuberkulose hält seine Generalversammlung und Ausschlußsitzung diesmal am 22. Oktober in Berlin ab. Auf der Generalversammlung wird die Frage: „Was erwarten wir von der reichsgesetzlichen Regelung der Tuberkulosebekämpfung?“ den Hauptberathungsgegenstand bilden. Andere Tuberkulose-Versammlungen finden in diesem Jahre nicht statt, da für das nächste Frühjahr eine größere Tagung zur Feier des 25-jährigen Bestehens des Zentralkomitees beabsichtigt wird. Einladungen und Tagesordnung gehen den Mitgliedern wie üblich durch die Post zu. Nichtmitglieder wenden sich an die Geschäftsstelle Berlin W. 9, König Auguststr. 7.

Das Verhalten der Behörden geht neuerdings dahin, die vielen bei den Behörden beschäftigten Angestellten, auch diejenigen, die bereits vor dem Kriege ihre Beschäftigung dort hatten, zu entlassen. Begründet wird dies damit, daß Beamte aus den angesehnten Behörden sowie aus den abgetrennten Gebieten untergebracht werden müßten; außerdem müßten die Militäranwärter der ihnen zuteilende Anstellung auf eine Stelle befördert werden. Der Zentralverband der Angestellten hat die Ministerien wiederholt darauf hingewiesen, daß wenn die beabsichtigten Entlassungen sämtlich erfolgen eine große Anzahl von Angestellten im Laufe dieses Herbstes stellenlos werden würde, und um Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium gebeten, ohne daß eine Abänderung dieser Verfügungen herbeizuführen. Am 10. und 17. d. M. haben Verhandlungen hierüber stattgefunden, ohne daß ein Resultat zu erzielen gewesen wäre. Die Verhandlungen wurden am 24. August fortgesetzt. Der Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten wies darauf hin, daß z. B. die Entlassungen bei der Reichsfinanzverwaltung sich keineswegs sachlich rechtfertigen, da je andauernd in der Presse davon berichtet wurde, daß die Steuererträge schleppend erlieget würden und deshalb der Steuerertrag ein unzulänglicher sei.

Gemeindepolitik

Freiburg, 10. Sept. Wie die „Freisg. Ztg.“ erfährt, hat der hiesige Oberbürgermeister die hiesige Landesbauhütte in Karlsruhe als vorgesehene Behörde erucht, bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag wegen Verleumdung zu stellen, weil ihm vom Gemeindefiskus Freiburg und von der sozialdemokratischen Bürgerausschuffraktion der Vorwurf ungeschicklichen Handelns gemacht worden war. — Die Regierung Freiburg hat ein zuständiger Stelle den Antrag gestellt, zu den fleischlosen Wochentagen (Dienstag und Freitag) nach einem dritten zu bestimmen, an dem der Verkauf von Fleisch in den Metzgereien und die Abgabe von Fleisch in Gasthäusern und Delikatessengeschäften untersagt wird. Zur Begründung wird ausgeführt, daß die immer schwieriger werdende Beschaffung von Fleisch einen dritten fleischlosen Tag notwendig mache.

Willingen, 11. Sept. Der Bürgerausschuss bewilligte einen Betrag von 200 000 M für die Erstellung von Kleinwohnungsbauden durch die Stadtgemeinde. Bei Beratung dieser Vorlage wurde mitgeteilt, daß sich in Willingen etwa 600 Wohnungslosende befinden. Weiter genehmigte der Bürgerausschuss die Aufhebung des Bürgermeistertages auf 39 900 M, bei Stimmhaltung der Zentrumsfraktion.

Kind, Pferd und Mutter

Von Frieda Rudolf-Stabitz.

Das Schlußfest der Ferienferienzüge war zu Ende. Ein wüßlerischer Nachmittag von Kinderglück und Seligkeit kaufte eben unter Tauschen und Jubel seine letzten Symphonien — Musik, Puppenmärchen, froher Sang. Die hemelreine Schar fette sich in Bewegung.

Wenige nur bleiben auf dem Festplatz zurück. Sie tummeln sich im Grase oder an den Turngeräten, ganz seltsamer Uebermut. Ein kleiner löste sich aus dem Gewühl. In dünkel, er könne auf seinen zweijährigen Weiden allein bestehen, und glücklich ob der ungenutzten Freiheit taumelt er davon. Wie riesig weit ist die Welt für ihn. Was hat sie auch für wunderbare Dinge: Hier einen umgefallenen Stuhl, über den man klettern kann. Dort eine leere Schachtel, die zur Eisenbahn wird. Dann ein Pferd, das, vor einem Wagen gespannt, geduldig auf seinen Fuhrmann wartet. Ein wirkliches, lebendiges, riesengroßes Pferd. Vergessen ist die Eisenbahn. Vergessen die weite Welt, alles. Jubelnd schießt er auf den großen Gefellen zu. Knapp vor dem Pferde dreht er sich. Das neigt in instinktiver Zärtlichkeit seinen Kopf zu dem Kinde, was mit einem hellen Lächeln begrüßt wird. Ein vertrauensvolles Händchen greift sich aus, das Pferdemaul nähert sich ihm. Unter wildem Kreischengelächel zieht der Kleine sein Händchen zurück. Dieses Spiel wird wiederholt, schier unzählige Male. Bis das Lächeln milder ist. Dann geht ein Schrittchen näher heran. So ein hohes Vorrecht scheint ihm doch geraten. Die Händchen auf dem Rücken, das strahlende Gesicht, aufgehoben, das Pferdchen bald rechts, bald links drehend, beginnt er ein süßes Geschnatter, und das Pferd hört ihm verständnisvoll zu. Was ist das für große Plak und die andern. Sie beide verstehen sich und haben Wichtiges zu erzählen: von süßem Brei und Pfefferkornern, von Kinderbeinden und Pferdehufen, von jauchendem Seligkeit und Liebe. So großer Liebe, die in dem kleinen Menschenherzen und in dem großen Tierherzen schlägt, warm, innig, zärtlich. Die ihr Wand herüber und hinüber weht und die beiden ungleichen Gefellen in Freundschaft verbindet. Schon sieht es aus, als wollten sie sich küssen.

Da freicht ein Weib herzu, packt den Kleinen, reißt ihn zurück, seiert entschuldig und gibt ihm endlich ein paar Klapspe hinten drauf. Das alles in einer jähren Minute. Zerissen, zerstückelt, die schöne Welt, die Liebe, die Freundschaft. Warum?

Wahlkreiskonferenz des 5. Landtagswahlbezirks

Wenn man von dem Verlauf der an den letzten Sonntagen in Baden und auch außerhalb Badens stattgefundenen Konferenzen der einzelnen Bezirke und Wahlkreise auf den Verlauf des in nunmehr 4 Wochen stattfindenden Parteitagess schließen darf, so darf man heute schon sagen, daß dieser Parteitag einen glänzenden, prächtigen Verlauf nehmen wird. Man darf auch ohne weiteres diesen Schluß ziehen, denn unsere Parteitage sind ja die höchste und letzte Instanz, in der all die Strömungen und Meinungen aus dem vielgestalteten Getriebe der Partei, vom Ortsverein, dem Wahlkreis, Wahlbezirk, der Landesorganisationen zusammenlaufen, um dort in feste Formen, in feste Grundsätze gestaltet zu werden. Im Parteitage widerspiegelt sich das ganze Getriebe der großen Partei, in seiner Tagung läuft all das in einem Jahre Geschaffene, all der Kampf, all die Arbeit zu kritischer Sichtung zusammen und von seiner Tagung geht der breite Strom neuer Ideen, neuen fruchtbareren Schaffens hinaus bis zum letzten kleinsten Ortsverein. Diese Beschäftigung ist es, die unsere Partei so stark, so festgelegt gemacht hat, die ihr inneres Gefüge trotz mancher Schwankungen so unerschütterlich erhält. Der Name, unter dem dieser festgelegte Bau steht, heißt Demokratie. —

Vor und während der letzten Reichstagswahlen wurde in Parteiverfassungen und Konferenzen oft der Satz gesprochen: Mag auch unsere Partei bei der Wahl einen Rückschlag erleiden, mögen ihre Stimmen und Mandate verloren gehen, es ist nichts verloren, wenn die Organisation intakt bleibt, wenn das innere Gefüge, der Aufbau der Partei so stark und fest wie zuvor bestehen bleibt. Der Satz hat sich bewährt, seine Berechtigung bestätigt sich. Das zeigten alle bisherigen Konferenzen und Zusammenkünfte unserer Parteigenossen im Lande; das zeigte auch gestern die Wahlkreiskonferenz des 5. bad. Landtagswahlbezirks. So stark befehligt dürfte wohl noch keine Konferenz gewesen sein, wie die gestrige: 103 Delegierte — 97 Genossen und 6 Genossinnen — hatten sich eingefunden, dazu Gen. Abg. Strobel vom Bezirksvorstand, Gen. Minister Rüdert, der Vertreter des Kreises Abg. Schöpflin, der Kreisvorstand vollständig bis auf den beurlaubten Gen. Weismann und die Vertreter des „Volkshfreund“ und der „Freien Presse“, insgesamt gegen 120 Vertreter, ein Parteitag im Kleinen. Und der Verlauf zeigte, daß der Geist der Arbeitsfreude, die Liebe zur Partei, zur Sache des Sozialismus so stark ist als je zuvor. Referate wie Diskussionen standen auf einer beachtlichen Höhe. Der alte Geist der Einmütigkeit und Geschlossenheit, der unsere Partei so groß gemacht hat, herrschte wieder. Es wird gearbeitet im 5. Kreise, das war der Hauptgedanke, den diese Konferenz hinterließ.

In vierstündiger Arbeit wurde unter Leitung des Kreisvorsitzenden Gen. Abg. E. Ged die Tagesordnung erledigt. Fünf Punkte standen auf der Tagesordnung. Der erste und auch wichtigste Punkt betraf die „Stellungnahme zum deutschen Parteitag“. Gen. Abg. Schöpflin hatte hierzu das einleitende Referat. Seine Rede gab in kurzen, knappen, aber scharf umrissenen Strichen ein Bild der Arbeit, die der Parteitag zu erledigen hat. Die Aufgaben, so führte der Redner aus, sind von einer Größe und Bedeutung, wie sie in den letzten Jahren kein Parteitag hatte. Erstes Erordern ist die Reorganisation des Parteivorstandes, denn es ist bekannt, daß, nachdem die führenden Köpfe in die Regierung eingetreten waren, die Parteileitung keine aktionsfähige Körperlichkeit mehr war. Durch Hingabe neuer Genossen muß dem Parteivorstand neuer Elan gegeben werden. Eine der wichtigsten Aufgaben ist somit, einen Parteivorstand zu wählen, der zeitlich, politisch und auch körperlich über die Kräfte verfügt, die nötig sind, um all den großen künftigen Aufgaben gewachsen zu sein. — Die Erhöhung der Parteibeiträge ist unbedingt nötig, wenn die Partei nicht lähme wegen Geld. Die Ausgestaltung der Parteipresse ist bereits in die Wege geleitet, namentlich hinsichtlich der parlamentarischen Berichterstattung, die besonders hier im Süden sehr im Argen liegt, infolge der unzulänglichen Berichterstattung des Volksbüros hat der Parteivorstand bereits Maßnahmen ergriffen, um hier eine Besserung eintreten zu lassen. — In der Innenpolitik ist die wichtigste Frage die umfasser Stellung zur Regierung. Wir sagten der damaligen bürgerlichen Regierung wohlwollende Neutralität zu, namentlich bei den großen Schwierigkeiten, die damals auf-

politisch zu überwinden waren. Die Dinge haben sich nun aber so gestaltet, daß es uns schwer fällt, die neutrale Haltung weiter zu wahren. Der Reichsminister Gehele erwies sich als vollkommen unfähig auf seinem Posten, er ist eine Gefahr größter Art. Der Parteitag muß nach dieser Seite hin unbedingt ein entschiedenes, klares Wort sprechen. Die Frage der Beteiligung an der Reichsregierung dürfte auch eine Rolle auf dem Parteitag spielen, ebenso muß die Sozialisierungsfrage, die Fragen der Arbeitslosigkeit und der Ernährung gründlich behandelt werden. In der Ernährungswirtschaft fängt es auch an drunter und drüber zu gehen.

Das Parteiprogramm bedarf einer Revision. Ein großes Stück des 2. Teils des Erfurter Programms ist gleichmäßig verwirklicht, wenn auch nicht vollständig, so doch in den Grundgedanken. Es hat keinen Sinn, den zweiten Teil mit herumzuschleppen, wo vieles von seinen Forderungen Gesetz ist. Auch der erste Teil bedarf in vielen Punkten einer Aenderung. Wir haben Erscheinungen ökonomischer und politischer Art, für die der Rahmen des Programms von 1891 nicht mehr paßt. Es ist nicht nötig, die Revision auf diesem Parteitage durchzuführen. Das neue Programm soll von den besten Köpfen der Partei in aller Ruhe und Gründlichkeit durchberaten werden. Sofort nötig ist aber ein Aktionsprogramm, das zugeschnitten ist auf die momentanen Bedürfnisse und Aufgaben; kurz, schlagwortartig eingeteilt auf die nächsten wichtigen, heute absolut sichtbaren Aufgaben, und in dem unsere Tatkraft festgelegt wird. Damit verbunden muß ein Agrarprogramm sein, denn die Frage der Landwirtschaft wird in den nächsten zehn Jahren mit zu den wichtigsten gehören. Es muß schließlich auch über unser Verhältnis zum State gesprochen werden, wie auch über die politischen Methoden der Sozialdemokratie. So wenig die Sozialdemokratie die Gewaltanwendung jemals abgelehnt hat, so sehr lehnt sie die Gewaltanwendung als politische Methode ab.

Der Parteitag muß sich auch mit der Stellung der Partei zu den anderen sozialistischen Parteien befassen; er muß diese Frage mit der Ruhe und Sicherheit und Sachlichkeit behandeln, die nötig ist, um zu einer Klärung zu kommen. Wenn eine Vereinigung möglich ist, dann muß sie vorgenommen werden, selbst wenn kleine Opfer nötig sind. Es soll aber nicht überstürzt, mit geöffneten Armen geschehen. Die U.S.P. wird nach ihrem Parteitag in Halle nicht mehr so bestehen wie heute, sie wird mit gedruckter Kraft von ihrem Parteitag gehen. Wir wollen in diesen Prozess mehr mit überreifen Nachsichten, noch mit besonders scharfer Stellungnahme eingreifen. Die Situation war bisher deshalb so schwierig, weil nicht nur eine mehrheitssozialistische und unabhängige sozialist. Partei bestand, sondern auch noch mehrere kommunistische Parteien. Wird es aber nur zwei Lager geben, auf der einen Seite die Kommunisten, die Gewalt und Terror predigen, auf der andern Seite wir Sozialdemokraten, die wir diese Methoden verwerfen, dann sind die Dinge klar. Und die Entwicklung wird schließlich zeigen, welche Richtung recht hat.

Diesem aus der Praxis für die Praxis, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat folgte eine Diskussion, die auf nicht minder hoher Höhe stand. Von allen Rednern wurden die einzelnen Vorschläge des Gen. Schöpflin zustimmend unterfritten, in einzelnen Punkten ergänzt, im großen ganzen wurde die große Linie, die Gen. Schöpflin in seiner Rede gezeichnet, imgehalten. Gen. Rüdert besprach noch im besonderen die Frage der Abwicklungsstellen, die kein Ende nehmen wollen; Gen. Graf-Rorheim behandelte die Steuerfrage, in der hinsichtlich des Steuerabzugs unbedingt vom Parteitag etwas getan werden müsse. — Gen. Rung-Karlsruhe behandelte die Sozialisierungsfrage. Gen. Offermann-Waggenau die Ernährung und das Problem der Arbeitslosigkeit; Gen. Renschler-Mahart wies auf die Mängel des Versorgungsgeleges für Kriegsbeschädigte hin, für deren Beseitigung sich die Fraktion unbedingt einsetzen müsse. — Gen. Hertel-Karlsruhe begründete einen Antrag betr. Einigung. Gen. Kullmann besprach die Frage des neuen Programms von dem Gesichtspunkte aus, daß trotz des Kampfes der beiden sozialistischen Parteien, beide dennoch das gleiche Programm, das Erfurter, haben. Ein neues Programm für uns birgt die Gefahr einer neuen, noch schärferen Spaltung. Gen. Hauptlehrer Haebler-Liedolsheim machte hochinteressante Ausführungen bezüglich des Agrarprogramms der Partei, seine aus der Praxis geschöpften, tiefbührenden Darlegungen über die Bauernfrage bedeuteten einen Höhepunkt der Debatte. — Gen. Heiß-Durmersheim schilderte die Not der Arbeiter auf dem Lande. Ein Schlußantrag machte der sachlichen, inhaltlich hochwertigen Aussprache ein Ende. — Eine Reihe von Anträgen, die wir am Schluß des Berichts bringen werden, wurde angenommen. — Bei der nachfolgenden Wahl eines Delegierten zum Parteitag wurde mit

Dem heulenden Kleinen wird keine Erklärung. Ein Trümmerschaufen liegt vor ihm und die erschrockene Mutter zerrt ihn darüber.

Das Pferd schaut ihm traurig nach. Es erfährt den Zusammenhang eher als der Kleine. Genau so wie die Mutter macht es das Leben aus. Das wird er später erfahren. Aber dann hat er wenigstens Hände, die ihm helfen, die Trümmer aus dem Wege zu räumen.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Warum nicht die Wahrheit?

Durch die Presse ging letzter Tage eine Notiz, in der auf die Ausstellung von Werken badischer Künstler im Kunstverein zu Karlsruhe während der badischen Woche hingewiesen wurde. Es war in dieser Mitteilung erläutert worden, warum nur eine beschränkte Anzahl von Werken zur Ausstellung gelangt, daß aber die Galerie Moos sich entschlossen habe, eine ergänzende Schau vorwiegend karlsruher Künstler zu veranstalten. Zu dieser Notiz geht uns aus Karlsruhe Künstlerkreisen folgende Zuschrift zu:

„Der unbefangene Leser, dem die urfälligen Zusammenhänge fremd sind, wird beim Lesen jener Notiz zu einem falschen Schluß kommen. Darum möge ihm zu Recht und frommen folgende Aufklärung dienen; um etwas in die Geheimnisse des Ausstellungswesens einzudringen. Die sogenannte badische Woche sollte neben verschiedenen anderen Veranstaltungen auch durch eine Ausstellung im Kunstverein einen Ueberblick geben über das Schaffen und Wirken der badischen Künstler. Was wäre nun näherliegender gewesen, als hierzu die badischen Künstler einzuladen, sich durch Einbindung von Werken daran zu beteiligen? Ein Ausschuss von dazu geeigneten unparteiischen Künstlern hätte, soweit es die Räumlichkeiten gestatteten, eine entsprechende Auswahl treffen können und man hätte auf solche Weise sehr einfache und selbstverständliche Art einigermassen das gehabt, was in den Angelegenheiten der badischen Woche nicht nur in den Angelegenheiten der badischen Woche, sondern es bildete sich ein selbst in der scharfster Kreis von drei Mann unter dem Patronat des Kunstvereins der die Räume dazu überläßt. Diese sich selbst ernannte heilige Dreieinigkeit übernahm die Führung und sandte an nur acht Künstler, die ihren eigenen Werken nicht wehe tun sollten, Einladungen. Die übrige Künstlerchaft wurde als nicht würdig einfach übergangen, so daß der event-

Besucher dieser „Ausstellung badischer Künstler“ eine ganz einseitige und falsche Vorstellung von dem Wirken und Streben der badischen Kunst bekommt. Dieses merkwürdige Vorgehen, das nichts anderes ist, als eine Art Selbstüberhebung, nur das Eigene als gut genug für die Ausstellung zu halten, um auf Kosten der Anderen, die man sich auf diese bequeme Art vom Leib halten zu können glaubte, Vorbeeren zu pflücken, hätte ein Herbild einer Ausstellung gegeben, das zu gleicher Zeit eine Verführung des Publikums bedeutet hätte.

Der größere Teil der absichtlich übergangenen Künstler wird aus diesem Grunde eine Ausstellung bei G. Schm. Moos zu gleicher Zeit veranstalten, so daß sich das Publikum aus eigener Ansicht ein Urteil über die badischen Künstler machen kann, die die heilige Dreieinigkeit des Kunstvereins während der badischen Woche den Besuchern des Kunstvereins vorenthalten zu können glaubte. — Aber nicht wie es in dem der Wahrheit nicht entsprechenden Artikel gestanden, ist der Plan zu der Ausstellung bei Moos vor der des Kunstvereins entstanden, sondern derselbe war die Folge dieses unklaren, rassistischen und unsozialen Verhaltens. Nachdem der Kunstverein eingesehen hat, welche Entrüstung er durch sein unkluges Verhalten gezeitigt hat, sucht er durch den angeführten Artikel das Publikum zu verwirren und die Sache anders darzustellen, wie sie gewesen ist.

Soweit zur Aufklärung. Nun aber etwas, das weite Kreise berührt. Noch nie ist das Wort seit der Revolution so oft angewandt worden, wie „freie Bahn dem Tüchtigen“ und die Dertzen vom Kunstverein sollten wissen, daß gerade die um das Dasein schwer kämpfende Künstlerchaft mit Recht darauf Anspruch macht, ihr können zu zeigen, ohne von einer hochwohlwollenden Kommission daran gehindert zu werden. Gewiß unter dem alten Regime mußte sich die Künstlerchaft, so traurig es war, damit abfinden, daß eine ordensbeladene Kommission von Beamten, die von der Staatskassette genährt, raub und brutal in das künstlerische und wirtschaftliche Streben des Künstlers eingriffen, um ihren Proteges Vorteile zu sichern, auf Kosten des Publikums, das als unwürdig betrachtet, hieß nur vorgekauft Kost vorgekauft erhielt. Daß diese Zeiten vorbei sind, mag die Kommission des Kunstvereins aus der Schaffung der Ausstellung bei Moos erkennen. Es gibt eben viele, die die Ertragsschaffen der „Neuen Zeit“ nur so lange im Munde führen, als sie ihrem eigenen Interesse nicht schaden und sie sich mit ihrer Dille in eine sichere Position gesetzt haben. Um es nachher schlimmer zu machen wie das alte Regime.

52 Stimmen Gen. Stadtrat Dr. Dich-Karlsruhe gewählt; 42 Stimmen fielen auf Gen. Graf-Pforzheim, 6 auf Gen. Kapp-Baden-Baden.

Die weiteren Punkte wurden rasch und glatt erledigt. Den Bericht über die Reichstagswahlrechnung, Neueinteilung der Agitationsbezirke erstattete Sekretär Gen. Trinks. Der hierzu vorgelegte Antrag der Kreisleitung wurde von der Konferenz angenommen.

In der Aussprache wurde die Notwendigkeit der Anstellung einer weiteren Hilfskraft anerkannt. Die Genossinnen Müller-Karlsruhe und Blum-Baden-Baden sprachen hierbei in sachkundiger Weise über die Agitation unter den Frauen und beauftragten die Anstellung einer weiblichen Hilfskraft. Der Kreisrat sprach diesen Vorschlag zu bekräftigend.

Als letzten Punkt behandelte in einer kurzen Rede Gen. Abg. Schöpplin die Frage der Presse. In eindringlichen Worten setzte der Redner den Delegierten die Bedeutung der Parteipresse für die Arbeiterbewegung auseinander. Die Leitende, die Gen. Schöpplin zu seinem Referat der Konferenz unterbreitete, lassen wir ebenfalls unten folgen.

Am 2 Uhr war die Tagesordnung erledigt. Der Verlauf der Konferenz ergab die Gewissheit, daß der 5. Landtagswahlkreis sich in alter Kraft weiterentwickeln wird. Eine Fülle neuer Annehmlichkeiten für die Parteimitglieder in den Organisationsstellen. Überträgt sich der in der Konferenz herrschte, auch auf die Parteigenossenschaft draußen im Lande, dann wird es auch fernerhin im 5. Kreise heißen: Vorwärts immer, rückwärts nimmer!

Anträge zum Deutschen Parteitag.

1. Zur Arbeitslosenfrage. Zur Beilegung der Arbeitslosigkeit ist in erster Linie die Bautätigkeit von Staat und Gemeinde in jeder Weise zu fördern unter gleichzeitiger Ausschaltung übermäßiger Unternehmerrisikoprämien. — Verdrängung des Abbruchs von Ziegeln und des Verkaufs industrieller Anlagen an das Ausland. — Die deutsche Ausfuhrindustrie, insbesondere soweit ihre Erzeugnisse zum Austausch von Lebensmitteln und Rohstoffen in Betracht kommen, ist vom Reich durch Gewährung von Darlehen zu unterstützen; damit die Ausfuhrindustrie, wenn möglich, voll beschäftigt werden kann.

2. Im Grund und Boden in den Besitz der Allgemeinheit zu bringen, sind alle Mittel und Wege anzuwenden, daß Besitze erlassen werden, die Staat und Gemeinde das Vorläufigrecht sichern unter gleichzeitiger Ausschaltung übermäßiger Gewinne des Verkäufers und zwar auf der Grundlage und im Wege des Ausbaus des in Baden bestehenden Grundstücksverzeichnisses.

3. Zur Verminderung der Wohnungsnot ist eine weit schärfere Rationierung der Wohnungen durchzuführen. Zur Kontrolle sind bei den Wohnungsämtern Kontrollen aus Arbeiter- und Beamten-Organisationen heranzuziehen.

4. Die Partei stellt grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß parlamentarische Minister einen Anspruch auf Ruhegehalt nicht gewährt werden kann, sofern nicht besonders gelagerte Fälle eine Ausnahme als angezeigt erscheinen lassen.

5. Der Parteitag erhebt auf das schärfste Protest, daß bei Anwendung der Steuererlasse zuerst die erwerbstätigen Schichten getroffen würden und bis heute Kapital und Besitz verschont geblieben sind. Auch die Erhaltung der Vermögen fordert zum Protest heraus, daß der reaktionären Besetzung der verantwortlichen Beamtenstellen. Die Werte an Liegenschafts- und Betriebsvermögen sind auf ihrem tatsächlichen Stand einzuschätzen. Die heute noch gültigen Steuerwerte sind von 15 bis 20 Jahren festgelegt worden. Wenn der Besitz mit der Angabe dieser niedrigeren Werte fortführt, hat der Staat in dieser Höhe bei allen geeigneten Objekten die Enteignung durchzuführen.

Um eine scharfe Bekämpfung der vermögenden Steuerhinterzieher herbeizuführen, sind besondere Steuergerichtsstände mit geeigneten Sachmännern und Beisitzern zu errichten. Den Gemeinden sind von Seiten des Reiches soviel Mittel zu überweisen, daß sie auch ihre sozialen und kulturellen Aufgaben erfüllen können.

6. Die heutige Parteikonferenz beauftragt die Genossen im Reichstag mit aller Entschiedenheit für eine Minderung der Verschlechterungen im neuen Verordnungsgehe für Kriegsbeteiligte einzutreten und erwartet, daß auch der Parteitag sich dieser Frage warm annimmt.

Zur Organisation im Wahlkreis.

Die Konferenz wolle beschließen, daß jedes Mitglied der Sozialdem. Partei des 5. Landtagswahlkreises pro Jahr eine Mark Extrabeitrag zu leisten hat, um in die Lage versetzt zu werden, im Sekretariat eine Hilfskraft anstellen zu können.

Zur Presse.

1. In allen Parteiverbänden ist unverzüglich eine systematische und umfassende Agitation für den „Volkstreu“ vorzubereiten und noch im Verlaufe des Monats September durchzuführen;

2. von den Parteigenossen und sozialistischen Arbeitern erwartet die Konferenz, daß sie an allen Orten darauf achten, daß in öffentlichen Salalen der „Volkstreu“ auch ausgeteilt wird;

3. erachtet die Konferenz die Parteigenossen, in allen Vereinigungen, denen sie als Mitglieder angehören, darauf zu drängen, daß bei der Vergabung von Druckaufträgen seitens der Vereinigungen, in erster Linie die im Besitze der Arbeiterkraft befindliche „Volkstreu“-Druckerei mit Aufträgen beauftragt wird. Das gilt neben den Parteiverbänden auch für die Gewerkschaften, für gemeinnützige und für Vergütungsvereine. Die harte und mühselige Arbeit, die die Gewerkschaften im Kampfe um die Besserstellung der Arbeiter leisten, wird täglich vom Parteiorgan unterstützt; die Arbeiter-Sportvereine erfahren gleichfalls durch das Arbeiterblatt Förderung und Unterstützung;

4. die Konferenz erachtet die sozialdemokratische Arbeiterkraft, bei allen Einkäufen sich auf Inserate im „Volkstreu“ zu verlassen, wodurch der Anzeigenteil des Blattes wesentlich vergrößert wird;

5. in allen Parteiverbänden ist dafür Sorge zu tragen, daß ein zuverlässiger Genosse die lokale Verichterstattung für den „Volkstreu“ übernimmt und dann auch ausübt. Bei der Verichterstattung ist es von größtem Werte, wenn rasch berichtet wird. Eine rasche, wenn auch kurze Verichterstattung ist weit wertvoller als eine verspätete und dann umfangreiche;

6. alle Veranstaltungen der Parteiverbände, wie überhaupt die Veranstaltungen aller zur modernen Arbeiterbewegung gehörenden Vereine, sollen im Arbeiterblatt, also im „Volkstreu“, bekannt gegeben werden, sei es durch Inserat, sei es durch Benutzung des Vereinskalenders;

7. das Parteiorgan soll nicht nur die Beraterin der Klassenbewußten Arbeiterkraft sein, sondern in seinem Tage — wie in seinem Anzeigenteil soll sich auch das gesamte Vereins- und Gesellschaftsleben der Arbeitervereinigungen widerspiegeln.

In der Erkenntnis, daß der sozialistischen Arbeiterkraft sowohl in der Gegenwart wie in der nächsten Zukunft ungemessen harte und schwere Kämpfe bevorstehen, die nur erfolgreich geführt werden können, wenn neben der Tätigkeit der Organisationen ein stark verbreitetes Parteiorgan vorhanden ist, erwartet die Konferenz von allen Genossen, daß die Propaganda für das Parteiorgan mit aller Energie und Kraft aufgenommen und durchgeführt wird.

Badische Politik

Der „Badische Beobachter“

äußerte sich am Freitag abermals zu der von uns geübten Kritik an der Reichsregierung. Das Zentrumblatt setzt uns zunächst sehr gelehrig auseinander, was im „Sinne Jesu Christi“ unter „Schäfschen“ zu verstehen sein soll. In seinem (nämlich Jesu) Sinne bedeute die Bezeichnung „Schäfschen“ nicht eine intellektuelle Eigenschaft, sondern eine moralische Qualität. Was Jesu unter „Schäfschen“ verstanden wissen wollte, wissen wir natürlich nicht, und die frommen Herren im „Beobachter“ wissen das zwar auch nicht, aber sie nehmen an, es sei so gemeint gewesen, wie sie es auslegen. Wären sie darin unferretwegen Recht haben, es kommt ja heute, im 20. Jahrhundert, bei einer politischen Auseinandersetzung auch wenig darauf an, was Jesus angeht unter „Schäfschen“ verstanden wissen wollte. Das Zentrumblatt versucht nun wiederum, genau wie es mit dem gleichen Eifer die demokratische Presse tut, uns vorzumischen, wir hätten lediglich aus parteitaktischen und parteiegoistischen Gründen den Angriff auf die Tätigkeit bezw. Untätigkeit der Reichsregierung gerichtet. Wir hielten „etwas mehr Parteibetrieb“ halten wir wirklich für ein Erfordernis der Zeit, besonders aber für ein dringendes Erfordernis der Arbeiterkraft, aber, daß wir, wie uns die demokratische wie die Zentrumspresse zu unterstellen sucht, die Parteinteressen über die des Volksganges stellen, ist einfach eine blanke Unmöglichkeit. Und sie wird auch dadurch nicht besser und gehaltvoller, daß sie von einem so frommen Blatte wie dem „Beobachter“ ausgesprochen wird. Während der letzten schweren Jahre haben wir Sozialdemokraten uns so oft geirrt und fagen müssen, daß wir mit untrüger Haltung zu den wichtigsten Fragen vorübergehend Parteinteressen nicht wahrnehmen, ja uns parteitaktisch ganz erhebliche Schwierigkeiten bereiten. Und trotz dieser klaren Erkenntnis haben wir stets die Interessen des Volkes denen der Partei vorangestellt. Daß wir nun gerade jetzt, wo unsere Parteinteressen wirklich nicht durch den Gang der Ereignisse gefährdet, sondern untrüger gefördert werden, von dem bisher beschränkten Wege abzuweichen sollten oder wollten, glauben im Ernste die Herrschaften in den hürgeiligen Redaktionsstuben selbst nicht. Die Tätigkeit oder Untätigkeit des Kabinetts Fehrenbach zwingt u. E. einfach dazu, scharf mit der Kritik einzulegen und eine Änderung herbeizuführen. Daß eine Milderung für uns Konsequenzen haben kann, wissen auch wir. Diese nahe liegenden Konsequenzen zu ziehen, scheuen wir nicht, sofern die erforderlichen Voraussetzungen gegeben sind. Freilich, ob, wann und wie sie gegeben sind, darüber werden dann wir entscheiden.

Die neuen staatlichen Kraftwagenlinien im Schwarzwald

Man schreibt uns vom Schwarzwald: Nachdem vor einigen Monaten die staatliche Kraftwagenlinie Triberg-Jurtschwilgen-Waldkirch dem öffentlichen Verkehr übergeben worden war, wurde nunmehr vor einigen Tagen auch die Linie Willingen-Röhrenbach-Kreisbach eröffnet. Die bisherige Frequenz beider Linien liefert am besten den Beweis dafür, daß die Errichtung ein geradezu dringendes Bedürfnis gewesen ist und daß der Staat dem weiteren Ausbau dieser für die industrielle und gewerbliche Förderung des Schwarzwaldes so ungemessen wichtige Verkehrsrichtung seine volle Aufmerksamkeit zuwenden muß. Die Verbindung beider Verkehrsrichtungen bietet die Möglichkeit, zur Anlage und Gestaltung eines Kraftwagenliniennetzes, wie es großzügiger und mutiger kaum gedacht werden kann. Ein einfacher Benzelverkehr Triebwagen-Röhrenbach-Waldkirch-Jurtschwilgen-Kreisbach-Kreisbach-Waldkirch-Jurtschwilgen würde die Vereinigung beider Linien in der Weise, daß ihre Führung in einer Einreihung erfolgen würde: Triberg-Jurtschwilgen-Röhrenbach-Kreisbach und Willingen-Röhrenbach-Kreisbach-Waldkirch. Zweifellos würde diese Vereinigung auch betriebstechnische Vorteile mit sich bringen und unter Umständen sogar Personal- und Materialersparnisse dordienen. Die Hoffnungen, welche in wirtschaftlicher Hinsicht das Verlangen nach Fremdenverkehr im Schwarzwald an die Linien gebet werden, würden sich bei diesem Ausbau vervielfachen. Es möge darum das Augenmerk der maßgebenden Stellen auf diese Idee hingelenkt werden.

Aus dem Lande

Durlach Die Fleischpreise sind um 2 Mk. pro Pfund von 11 Mk. auf 13 Mk. bezw. von 12 Mk. auf 14 Mk., d. h. um annähernd 20 Prozent, hinaufgeschossen, ohne daß unseres Wissens ein derartiger Beschluß oder Bekanntmachung der örtlichen Preisfestsetzungscommission erfolgt wäre. Das ist ebenso bezeichnend, wie die Tatsache, daß feinerzeit die Beobachtung der Fleisch- und Wurstverkaufspreise zwar in den Metzgereien, nicht aber in den Verkaufsstellen der Wirtschaften zum Ausdruck kam. Wenn nicht alles kauft, werden wir auf dem Gebiet der Fleischversorgung in der nächsten Zeit allerhand erleben.

Nach Moskau. Die hiesige Ortsgruppe der Unabhängigen Soz. Partei ist laut Beschluß ihrer Generalversammlung zur kommunistischen Partei übergetreten.

Malsch (Amt Gillingen), 12. Sept. Die Zahl der an der Ruhr hiesigen Personen hat sich weiter erhöht. Es sind in den letzten Tagen 8 neue Todesfälle eingetreten, so daß deren Gesamtzahl jetzt 97 beträgt. Diejenigen der Erkrankten, die Futtertröpfe geschleudert, daß er bemühtlos weggetragen wurde und kurze Zeit danach starb.

Labr. 12. Sept. Ueber unserer Stadt kreisten gestern drei französische Flugzeuge. Zwei von ihnen mußten auf dem Exercierplatz wegen Materialschadens eine Notlandung vornehmen. Beide Flugzeuge wurden durch die Landung stark beschädigt. Bei der Vernehmung gaben die Piloten an, sie hätten Post nach der Schweiz befördern sollen. Sie waren im Besitze von Ausweisen, nach denen sie deutsches Gebiet überfliegen durften.

Schweigen, 13. Sept. Von der Gendarmarie wurden mehrere Personen von Ofersheim und vom Mannheim festgenommen, weil sie Salzbarren verschoben haben.

Mannheim, 12. Sept. In der Nacht zum Samstag stürzte sich die 35 Jahre alte Ehefrau eines in der Redarstadt wohnenden Arbeiterleiters mit ihrem 8 Jahre alten Sohn aus dem Fenster ihrer im 4. Stock gelegenen Wohnung hinunter auf den Gehweg, wo beide schwer verletzt liegen blieben. Die Lebensmüde, die seit längerer Zeit Spuren von Schwermut zeigte und hochgradig nervös war, wurde mit ihrem Kinde in das allgem. Krankenhaus überführt, wo der Anbete seinen Verletzungen erliegen ist.

Süddeutsche Nebenstelle der Reichsstelle für Textilwirtschaft. Die Reichsstelle für Textilwirtschaft, Auslandsabteilung Berlin, hat eine Nebenstelle für Baden, Württemberg und Bayern in Stuttgart, Admistrasse 331 errichtet. Die Nebenstelle Stuttgart bearbeitet sämtliche Aus- und Einfuhranträge für das Textilgebiet (textile Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate). An-

träge sind in der üblichen Weise an die Reichsstelle für Textilwirtschaft, Auslandsabteilung, Nebenstelle Stuttgart, Admistrasse 331 zu richten. (Telegrammanzeige: „Auslandsbericht Stuttgart“)

Vorläufig bei Verwendung von arsenhaltiger Mittel. Die Vorsichtsmaßregeln des Reichsgesundheitsamtes bei der Verwendung arsenhaltiger Mittel werden sehr leicht mißachtet. Im Organ des Badischen Bauernvereins wird neuerdings besonders darauf hingewiesen, daß bei Verwendung arsenhaltiger Mittel der Most oder Wein Arsenverbindungen enthalten kann, die das Getränk gesundheitsgefährlich und dadurch vertehrungsfähig machen, da der Verkauf solcher Weines oder Mostes Strafverfolgungen ausgesetzt ist.

Der Jahresbericht des Badischen Bauernvereins ist jetzt erschienen. Er berichtet in 4 Abschnitten über die Tätigkeit des Vereins im bezugenen Jahre. Der Badische Bauernverein hat demnach im vergangenen Jahre einen regen Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen gehabt. Heute beträgt der Mitgliederbestand 104.000. Auch verschiedene neue Ortsverbände wurden gegründet. Für den Reichsbeitrag wurde im vergangenen Jahre 42.000 gegenüber 11.000 im Vorjahre angewandt. Die Zentralgenossenschaft des Badischen Bauernvereins hatte im vergangenen Geschäftsjahre unter schwierigen Verhältnissen zu arbeiten. Trotzdem ist der Umfang der Zentral-Bezugs- und Absatzgenossenschaft den Verhältnissen entsprechend auf ungefähr gleicher Höhe wie in den Vorjahren geblieben. Der Wert der abgesetzten Waren betrug 13 1/2 Millionen Mark gegenüber 8 1/2 Millionen im Vorjahre. Der Genossenschaftsbeitrag hat eine Zunahme um 66 Genossenschaften zu verzeichnen. Insgesamt gehören dem Verbande an 406 Genossenschaften mit 30.000 Mitgliedern. Ebenso ist der Umfang der Badischen Bauernbank gestiegen. Die Zahl der Geschäftsanteile hat sich von 192.000 im Vorjahre auf 200.800 erhöht.

Welpspflicht der Ausländer in der Schweiz. Nach den hierüber eingehenden neuen Bestimmungen hat jeder in die Schweiz neu eingereiste Ausländer sich innerhalb 48 Stunden nach Ankunft am ersten Aufenthaltsort unter Vorlegung des Ausweispapiers bei der Polizeibehörde anzumelden, oder sich durch den Wohnungsbauverwalter anmelden zu lassen. Ausländer, die ihre von den schweizerischen Behörden gewährte Aufenthaltserlaubnis überschreiten oder deren Ausweispapier keine Eintragung über die polizeiliche Anmeldung am ersten Aufenthaltsort enthalten, wird bei der Ausreise eine Kaution als Sicherheitsleistung für eine etwa auszusprechende Buße abgenommen.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 12. September.

Eltern geht adä!

Wie vor und nach jeder Schulentlassung werden auch diesmal zweifellos eine große Anzahl junger Menschen der Tätigkeit in Büro, Kontor oder Verkaufsbereich zugewiesen werden. Wenn ihre an den Abschlus von Lehrverträgen herangeht, so handelt nicht überleil und geht nicht über schriftlich zu Bestimmungen, die schließlich schon durch Tarifverträge günstiger geregelt sind. Nicht Erkundigungen über Gehalt, Arbeitsbedingungen usw. ein!

Der Zentralverband der Angestellten gibt bereitwillig Auskunft über alles; andernfalls schadet Ihr nur Euch und Euren Kindern. Wenn die neu gewordenen Lehrlinge ihre Tätigkeit beginnen, werden sie bald mit dem Verlangen kommen, irgendwelchen Vereinen beitreten zu wollen. Achtet genau darauf, welche Einflüsse sich dabei geltend machen. Häufig werden Arbeitgeber oder leitende Angestellte für Vereine, die den Interessen der Arbeiter und Angestellten direkt entgegenarbeiten.

Als freie Gewerkschaft kommt nur der Zentralverband der Angestellten in Betracht, der in seiner Jugendabteilung dafür sorgt, daß die Rechte seiner Mitglieder gewahrt bleiben und auch die Bedürfnisse nach Bildung, Unterhaltung, Spiel und Wandern befriedigt werden. Hier bietet sich eine Stelle, wo die Jugend ohne Gefahr für ihr geistiges und körperliches Wohl ihre freie Zeit verbringen kann.

Darum, Eltern, zeigt Euren Kindern die richtige Bahn!

Herbstblumenschau.

Mit einer Rosen- und Herbstblumenschau nahmen letzten Samstag und Sonntag die Herbstveranstaltungen in Karlsruhe, in deren Mittelpunkt die Badische Woche steht, ihren Anfang. Die Ausstellung wurde in den Sälen der Eintracht veranstaltet vom Verband badischer Gartenbauvereine, vom Verein deutscher Rosenfreunde und vom Verband deutscher Blumengeschäftsinhaber. Man kann sagen, daß eine Schau entsprach wirklich einem Bedürfnis der Bevölkerung. Die Blumenzucht gewinnt immer mehr Anhänger; in der heutigen teueren Zeit, wo man für ein Stück Wohl soviel zahlen muß wie früher für eine ganze Wohnungseinrichtung, bietet ein hübscher Blumenschau oder eine Blumenode in so manchem Zimmer einen vollwertigen Ersatz für ein Luxusmöbel. Auch die Fleingartenbewegung ist eine mächtige Förderung der Blumenzucht; es dürfte kaum ein, wenn auch noch so kleines Gärtchen geben, in dem nicht ein paar Blumenstöcke zu finden sind. Der Kreis der Blumenzüchter ist also ein sehr großer und sie alle werden dankbar sein, daß in einer Ausstellung einmal von Fachleuten ein Bild einer fachgemäßen und sachgemäßen Blumenzucht gegeben wurde. Der Anbruch zur Ausstellung war denn auch sofort von der Eröffnung an ein sehr starker, im Ru waren die Räumlichkeiten gefüllt; am Sonntag mußte wiederholt abgesperrt werden. Und zu sehen war denn auch wirklich Vieles. Vom geschmackvoll eingerichteten Eingang an mit der schönsten Blumenanordnung und den Vorberäumen, bis zu den von den einzelnen Gärtnereien eingerichteten Abteilungen. Ein besonderer Vorzug der Ausstellung war, daß sie in allen ihren Zweigen fast ausschließlich nur auf den Herbst abgestimmt war; sie machte dadurch den Eindruck einer geschlossenen Einheitsfront und hob sich dadurch vorteilhaft von so vielen anderen Ausstellungen ab, bei denen alles mögliche noch nebenbei gezeigt wird, so daß oft eher ein Gemischtaresnaden festzustellen ist, denn eine Ausstellung.

Die einzelnen Firmen hatten aus ihren Züchtereien eine Auswahl ihrer Zuchtprodukte ausgestellt. Man sah da prächtige Nelken, Neuzüchtungen von Dahlien, die besonders zahlreich vertreten waren, eine Spezialausstellung von Rosen in allen Farben, Cypranthemen, prächtig blühende Primeln usw., das Ganze ein farbenfrohes, prächtiges Bild, Zeugnis ablegend von dem hohen Stand unserer Blumenkultur und Blumenzucht. In drei kleinen, aber reizend eingerichteten Zimmern, einem „Lustzimmer“, „Verlobungszimmer“ und „Geburtszimmer“ für Großmütterchen“ wurde gezeigt, wie die Blumen zu feinsten Zwecken wirkungsvoll verwendet werden können. Die Karlsruher Kunstgewerbeschule hatten eine schöne Sammlung von Vasen aller Formen und Größen in Porzellan, Keramik und Majolika ausgestellt. Die Ausstellung darf somit als bestens gelungen bezeichnet werden, sie hat sicher dazu beigetragen, der Blumenzucht neue Freunde und Anhänger zu verschaffen.

Der Besuch war an beiden Tagen ein außerordentlich starker; ein reichlich ausgestatteter Gläserkasten, in dem man neben wertvollen Pflanzen auch prächtige Gemäse- und Obststücke gewinnen konnte, fand großen Zuspruch. Den Abschluß der Veranstaltung bildete ein Bankett, das in bester Weise die Ausstellung beschloß.

Verhärterung der Wohnungskontrolle

Bekanntlich hat das Badische Arbeitsministerium unter dem 1. August 1920 eine neue ausführliche Verordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel erlassen...

1. Die Hausbesitzer oder deren Stellvertreter sind verpflichtet dem Wohnungsamt Anzeige zu erstatten: a) sobald Wohnungen oder Räume unbenutzt sind...

2. Die Wohnungen werden nach wie vor vom Wohnungsamt vergeben. Die vielfach verbreitete Auffassung, das Wohnungsamt lehne die Vermittlung der Wohnungen ab...

3. Wohnungen und Wohnräume (möblierte und unmöblierte Zimmer) dürfen nur mit der vorherigen Zustimmung des Wohnungsamts vermietet, überlassen oder in Gebrauch genommen werden.

4. Mietverträge sind nur mit Zustimmung des Wohnungsamts abzuschließen. Die Vermieter sind verpflichtet, die Mietverträge dem Wohnungsamt vorzulegen.

mer einführen. Hoffentlich ist damit eine Mietpreiskon- trolle verbunden. Gewiß, so billig wie früher (20 und 25 M im Monat) können die Leute nicht mehr vermieten...

Sozialdemokratische Partei (Bezirk Müpp- burg.) Am Mittwoch abend findet im „Fähringer Löwen“ eine Bezirksversammlung statt...

Die Volksbuchhandlung der Sozialdemokratischen Partei Karlsruhe, Adlerstraße 18, empfiehlt das Programm der Sozialdemokratie...

Arbeiterabstinentenbund. Heute abend punkt 8 Uhr findet im Handarbeitsaal der Hebelstraße (Eing. Kreuzstraße) ein Vortrag statt über „Wilder aus dem Pflanzengarten“.

Herr Karl Fintelstein, Sägewerksbesitzer und Holzhändler, Müppurrstraße 8, teilt uns mit, daß er mit dem in dem Gebirgsbezirk Wieser genannten Kaufmann Fintelstein nicht identisch ist...

Der Schaufenster-Decorationswettbewerb, welcher innerhalb der „Badischen Woche“ vom Verkehrsverein Karlsruhe gemeinsam mit der Detailistenvereinigung Karlsruhe veranstaltet wird, begegnet überall außerordentlichem Interesse.

Aus dem Stadtrat. Der Stadtrat spricht allen Personen, die sich bei dem Brand im Dachstuhl des städtischen Kinderheims in der Sybelstraße am letzten Sonntag abend durch vorsichtige Unterbringung der Kinder und Verzug der Einrichtungsgegenstände in hilfereicher Weise verdient gemacht haben...

Was heute Flaschen kosten. Nach der Nachschicht „Der Mineralwasserfabrikant“ sollten jetzt Selters- und Limonadenflaschen ab Fabrik 3.40-3.40 M. unter Berücksichtigung von Fracht, Anfuhr, Bruch usw. kostet jede Flasche 4 M., die für nicht zurückgegebene Flaschen angerechnet werden müssen.

Verkaufnahme wurden bei einem lebigen Ingenieur 4800 Zigaretten und etwa 70 Pfund Tabak, was im Scheidungswege abgeteilt werden sollte. Bei einem Baumeister hier ein Brenn- weinbrennapparat, den er seit 1918 in seiner Wohnung aufgestellt und im Betrieb hatte.

Aus Schwertmütz stürzte sich am 11. d. M. ein 23jähriges Mädchen aus dem 5. Stock in den Hof eines Hauses in der Oststadt, wo sie bewußtlos liegen blieb. Nach seiner Einbringung ins städtische Krankenhaus starb das Mädchen.

Anfall mit Todesfolge. Beim Abbrechen stürzte der Fabrikarbeiter Johann Kern aus Friesenfeld von einem Baume, erlitt schwere innere Verletzungen, die seine Heilung nach dem städt. Krankenhaus nötig machten, wo er starb.

Vom Preisabbau

m. Bruch, 7. Sept. Der leidige Milchpreis. Seit Montag haben wir in der Stadt Bruch wieder den früheren

höheren Milchpreis von 2 M pro Liter. Der im Juli in der Galtlinger Bauernversammlung vereinbarte Erzeugerpreis von 1.20 M statt vorher 1.50 M ist leider von vielen Landwirten nicht eingehalten worden...

Aus der Partei

f. Weingarten, 13. Sept. Der Bildungsausschuß des Soz. Vereins veranstaltet als ersten Teil seines diesjährigen Bildungsprogramms 2 Lichtbildervorträge, die morgen Dienstag, 14. Sept., stattfinden.

Nicht nach Moskau — zurück zur SPD. Wie Genosse Faust aus Glatz zu unserer vor einigen Tagen gebrachten Notiz mitteilt, beträgt die Anzahl der zur SPD. übergetretenen bisherigen Mitglieder der U.S.D. 48 Köpfe.

Rückkehr zur Partei. Genosse Heinrich Ströbel hat, nachdem er schon zuvor in viel bemerkten Aufsätzen seine Ueber- einstimmung mit den grundsätzlichen Auffassungen unserer Partei kundgetan hat, auch organisatorisch seinen Wiedereintritt in sie vollzogen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 13. September 1920

Das mitteleuropäische Hochdruckgebiet ist etwas schwächer geworden, doch verursacht es auch gestern wieder trockenes, heiteres, am Tage warmes Wetter. In der Rheinebene stiegen die Temperaturen bis auf 21 Grad Celsius an.

Vorausichtliche Witterung bis Dienstag, 14. Sept., nachts: Zunächst noch ziemlich heiter, untertag warm, morgen strich- weise Nebel, später zunehmende Bewölkung, noch meist trocken, mild.

Wasserstand des Rheins

Schiffen 171, gef. 7 Zim. Rest 277, gef. 10 Zim. Maxau 454, gef. 7 Zim., Mannheim 850, gef. 9 Zim.

Schiffleitung: Georg Schöpslin, Verantwortlich: für Artikel, politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kabele; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Familien Vermaun Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenheitsbewegung, Jugend und Sport, Vorkämpfer Josef Eisele; für den Angehörigen, Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger

Karlsruhe-Mühlburg. (Gemischter Chor-Verband.) Um- ständehalber findet die Singstunde am Mittwoch, 15. September abends 8 Uhr statt.

Schirm-Reparaturen aller Art werden schnell, sach- mäßig u. billig ausgeführt bei W. Kreisjmar Nachfolger

Badischer Baubund G. m. b. H. Möbelabteilung. Wir arbeiten mit dem Badischen Handwerk Hand in Hand

Preisnachlässe die uns unsere Möbelhersteller gewähren, um in der stillen Zeit die Arbeiter beschäftigen zu können, lassen wir unsern Möbelkäufern zu Gute kommen.

Badischer Baubund G. m. b. H. Verkaufsstelle Karlsruhe Karl-Friedrichstraße 22

Ankauf! Lumpen, Alt-Eisen, Metalle, Papier, Flaschen, Felle zum höchsten Tagespreis.

Rucksäcke Herren-Sportartikel Max Oswald, Sattlerei, Karlsruhe

Arbeiter! Agitiert für den „Volksfreund“

Zum Doosan und Lukan nimmt Oetker's Milch-Eiweiß Pulver mit Trebesatz

Ankauf! Lumpen, Alt-Eisen, Metalle, Papier, Flaschen, Felle zum höchsten Tagespreis.

Rucksäcke Herren-Sportartikel Max Oswald, Sattlerei, Karlsruhe

Arbeiter! Agitiert für den „Volksfreund“

Von der Reise zurück Dr. med. Rud. Rosenthal Karlsruhe-Rüppurr

Aerztliche Anzeige! Nach 21jähriger Tätigkeit im Stadt- teil Mühlburg habe ich meine Wohn- ung nach Stefaniensstrasse Nr. 31 verlegt.

Dr. Baumstark, prakt. Arzt Stefaniensstrasse 31.

Ist noch jemand da? der Schuhe, Kleider u. Wäsche u. f. w. zu verkaufen hat? Zahle die höchsten Preise.

Psisucha, Fähringerstraße Nr. 30.

Badischer Baubund G. m. b. H. Verkaufsstelle Karlsruhe Karl-Friedrichstraße 22

Ankauf! Lumpen, Alt-Eisen, Metalle, Papier, Flaschen, Felle zum höchsten Tagespreis.

Rucksäcke Herren-Sportartikel Max Oswald, Sattlerei, Karlsruhe

Arbeiter! Agitiert für den „Volksfreund“

Ist noch jemand da? der Schuhe, Kleider u. Wäsche u. f. w. zu verkaufen hat? Zahle die höchsten Preise.

Psisucha, Fähringerstraße Nr. 30.

Was leistet das Reich für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen?

Ueber die Leistungen des Reichs für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen besteht in weiten Kreisen des Volkes, insbesondere bei den Kriegssopfern selbst, vielfach Unklarheit. Die Leistungen richten sich hauptsächlich nach dem Reichsversorgungsgesetz, aus ihm wird auszusagen folgendes mitgeteilt:

Der Kriegsbeschädigte erhält eine Rente, die sich nach der Minderung der Erwerbsfähigkeit, nach seinem bisherigen Beruf, der Größe der Familie und den Verhältnisse an seinem Wohnort richtet; der frühere militärische Dienstgrad bleibt außer Betracht. Der Berücksichtigung des früheren Berufs dient die Ausgleichszulage. Sie beruht auf dem Gedanken, daß die Erwerbsminderung des Beschädigten nach ähnlichen Grundätzen auszugleichen werden soll, wie in den Tarifverträgen der Lohn nach Kenntnissen und Fertigkeiten, Leistung und Verantwortung abgestuft ist. Je nach dem Beruf, den die Beschädigten vor ihrem Militärdienst ausgeübt haben, werden drei Berufsgruppen gebildet. In die erste Berufsgruppe, die keine Ausgleichszulage erhält, fallen die ungelerneten Arbeiter, in die zweite Gruppe, die etwa 70 % aller Kriegsbeschädigten umfasst, gehören u. a. alle Gesellen, Facharbeiter und sonstigen gelerneten Arbeiter und die ihnen gleichstehenden ungelerneten Arbeiter und Angestellten, sowie alle übrigen Arbeiter und Angestellten, deren Tätigkeit erhebliche Kenntnisse und Fertigkeiten erfordert; sie erhalten eine Ausgleichszulage von einem Viertel der Rente. In die dritte Gruppe, der eine Ausgleichszulage in der Höhe der halben Rente zusteht, sind u. a. eingerechnet: Angestellte in leitender oder sonst besonders verantwortlicher Stellung in größeren Betrieben, sowie Werkmeister und Arbeiter, deren Tätigkeit außergewöhnlich hoch zu bewerten ist. Ist ein Kriegsbeschädigter nur infolge der Beschädigung gehindert, einen Beruf zu ergreifen, der in eine höhere Berufsgruppe eingreift, so wird ihm die Rente nach dieser höheren Berufsgruppe gemährt.

Hat ein Kriegsbeschädigter Kinder, so erhält er außerdem noch für jedes Kind eine Kindergulage in Höhe von einem Zehntel seiner Rente.

Hiernach erhält ein früherer gelernerter Arbeiter bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 50 % in der Ortsklasse A (Großstadt) jährlich 2850 M., mit 2 Kindern 3420 M., mit 4 Kindern 3990 M., mit 6 Kindern 4558 M.; in der Ortsklasse C (Ort mit mittleren Lebensbedingungen) 2531 M., mit 2 Kindern 3037 M., mit 4 Kindern 3544 M., mit 6 Kindern 4050 M. und in Ortsklasse E (Ort mit billigen Lebensbedingungen) 2111 M., mit 2 Kindern 2531 M., mit 4 Kindern 2955 M., mit 6 Kindern 3375 M. Ein völlig erwerbsunfähiger Kriegsbeschädigter, früher gelernerter Arbeiter, erhält in Ortsklasse A 6964 M., mit 2 Kindern 8355 M., mit 4 Kindern 9746 M., mit 6 Kindern 11157 M.; in Ortsklasse C 6187 M., mit 2 Kindern 7425 M., mit 4 Kindern 8682 M., mit 6 Kindern 9900 M. und in Ortsklasse E 5156 M., mit 2 Kindern 6187 M., mit 4 Kindern 7219 M., mit 6 Kindern 8250 M. Noch im März 1920 erhielt ein völlig erwerbsunfähiger Kriegsbeschädigter, der heute Anspruch auf vorstehende Rente hat, ohne Rücksicht auf die Größe seiner Familie, mit Kriegs- und Berufsminderungszulage, Rentenzuschlag und Teuerungszulage insgesamt jährlich nur 2217 M. Bei schwerer Beeinträchtigung der körperlichen Unversehrtheit erhält der Kriegsbeschädigte nach einer Verordnung, die in diesen Tagen ergeht, eine Rente auch dann, wenn seine Erwerbsfähigkeit nicht beeinträchtigt ist. Der Kriegsbeschädigte, der einen Arm verloren hat, hat Anspruch auf die oben genannte 50%ige Rente auch dann, wenn er seinem Beruf vollständig nachgehen kann. Ist er in seinem Beruf höher, etwa 70 % beeinträchtigt, so erhält er die entsprechend höhere Rente.

Bedarf der Beschädigte fremder Wartung und Pflege, so erhält er neben der Rente eine Pflegezulage von 750 bis 1875 M. Jeder Kriegsbeschädigte erhält daneben freie Heilbehandlung seines Leidens, sowie die erforderlichen Körpererhaltungsmittel, orthopädischen und anderen Hilfsmittel. Der Beschädigte hat außerdem Anspruch auf unentgeltliche berufliche Ausbildung zur Wiedereingliederung oder Erhöhung der Erwerbsfähigkeit, inwieweit er durch die Dienstbeschädigung in der Ausübung seines Berufs oder in der Fortsetzung einer begonnenen Ausbildung wesentlich beeinträchtigt ist. Daneben tritt die soziale Fürsorge mit den erforderlichen Fürsorgemaßnahmen, im wesentlichen zu Lasten des Reiches ein.

Die Durchführung des neuen Reichsversorgungsgesetzes wird dem Reich jährlich etwa 5 1/2 Milliarden Mark kosten, also fast 100 Mark auf den Kopf eines jeden Deutschen ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht. Um bei der ungünstigen Finanzlage des Reichs die Rente der Kriegsbeschädigten auf den vorgenannten erheblichen Betrag festlegen zu können, mußte das Gesetz für Kriegsbeschädigte, die sich durch ihre Verdienste oder Arbeitseinkommen in günstigeren Verhältnissen befinden, Rentenzuschläge in beträchtlichem Maße vorsehen. Ueber den Umfang dieser Zuschläge besteht weitgehende Unklarheit.

Die Kürzung eines Teiles der Rente beginnt frühestens, wenn ein lediger Kriegsbeschädigter neben seiner Rente mehr als 6500 M. sonstiges Einkommen aus Arbeit oder Vermögen bezieht; bei einem Verheirateten beginnt die Kürzung bei einem Einkommen von mehr als 7000 M., hat er 2 Kinder unter 16 Jahren, so beginnt sie mit mehr als 8400 M., bei 4 Kindern mit mehr als 9900 M. Uebersteigt das Einkommen des Kriegsbeschädigten diese Grenze, so ruht zunächst nur ein Zehntel seiner Rente. Für je 1000 M. weiteres Einkommen ruht ein weiteres Zehntel der Rente. Die volle Rente ruht erst, wenn ein lediger Kriegsbeschädigter mehr als 15 500 M., ein verheirateter mehr als 16 000 M., ein verheirateter mit 2 Kindern mehr als 17 000 M. und mit 4 Kindern mehr als 18 000 M. sonstiges Einkommen hat. Aber auch

trah dieses Einkommens verbleibt dem Beschädigten die Schwerbeschädigtenzulage mit der auf sie treffenden Ausgleichs-, Orts- und Teuerungszulage. Dem erwerbsunfähigen früheren gelerneten Arbeiter verbleiben daher, gleichgültig welches Einkommen er bezieht, mindestens in Ortsklasse A jährlich 1898 M., in Ortsklasse C 1687 M. und in Ortsklasse E 1408 M. Ein früherer gelernerter Arbeiter, dessen Erwerbsfähigkeit wegen Verlust eines Armes um 70 % gemindert ist, erhält, wenn er Vater von 4 Kindern ist, in Ortsklasse B 6060 M. Rente. Hat er neben der Rente ein Einkommen von 13 800 M., so ruht die Hälfte der Rente; er erhält 3030 M. ausgerechnet, jedoch ein Gesamteinkommen von 16 830 M. hat.

Die Versorgungsgebühren der Hinterbliebenen bemessen sich nach der Rente einschließlich der Schwerbeschädigten- und Ausgleichszulage, die dem voll erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten zusteht. Der frühere Beruf des Kriegsteilnehmers ist somit auch für die Höhe der Hinterbliebenenbezüge maßgebend; die erwerbsfähige Witwe erhält 30 %, die erwerbsunfähige 50 % der Volkrente des Verstorbenen. Der erwerbsunfähigen Witwe gleichgestellt ist die Witwe, die das 50. Lebensjahr vollendet hat, sowie die Witwe, die wegen der Pflege und Erziehung von Kindern nicht in der Lage ist, einem Erwerb nachzugehen.

Hiernach erhält die erwerbsfähige Witwe eines gelerneten Arbeiters jährlich in der Ortsklasse A 2089 M., B 2014 M., C 1856 M., D 1702 M. und E 1549 M. Ist die Witwe erwerbsunfähig, so erhält sie in Ortsklasse A 3484 M., B 3352 M., C 3004 M., D 2859 M. und E 2580 M. Bei der Wiederbeschaffung mit einem Teilsgeld erhält die Witwe anteils der Witwenrente eine Aufbahrung in Höhe des dreifachen Körpersbetrages der von ihr zuletzt bezogenen Rente, die erwerbsunfähige Witwe in Ortsklasse A also 10 452 M., in Ortsklasse E 7740 M.

Jeder Witwe unter 18 Jahren wird eine Witwenrente gewährt; sie beträgt, wenn die Mutter lebt, 15 %, wenn die Mutter nicht mehr lebt, 25 % der Volkrente des Verstorbenen. Unrechliche Kinder und Adoptivkinder sind den echten Kindern in der Versorgung gleichgestellt, unter gewissen Voraussetzungen auch die Stief- und Pflegekinder. Die Witwe eines gelerneten Arbeiters erhält monatlich jährlich in der Ortsklasse A 1046 M., B 1000 M., C 980 M., D 861 M. und E 776 M. Für die Volkrente eines gelerneten Arbeiters beträgt die Rente in Ortsklasse A 1744 M., B 1676 M., C 1549 M., D 1421 M. und E 1290 M.

Die Witwe eines gelerneten Arbeiters mit 3 Kindern, die in Berlin oder in einer anderen Großstadt lebt, steht hiernach, vorausgesetzt, daß sie ihre Kinder im eigenen Haushalt erzieht und daher als erwerbsunfähig anzusehen ist, eine Rente von 6622 M. zu. Derselbe Witwe erhält in einer mittleren Stadt (Ortsklasse C) 5884 M. und in einem Landort mit billigen Lebensbedingungen (Ortsklasse E) 4908 M. jährlich.

Neben den Witwen und Waisen haben auch die Eltern Anspruch auf Versorgung, wenn sie bedürftig sind und der Verstorbene ihr Ernährer gewesen ist oder voraussichtlich geworden wäre. Die Elternrente beträgt für die Eltern zusammen 90 % für den Vater und die Mutter allein 20 % der Volkrente des Verstorbenen. Demnach erhält die verorgungsberechtigte Mutter eines gelerneten Arbeiters als Elternrente in der Ortsklasse A 1895 M., B 1842 M., C 1237 M., D 1136 M., E 1031 M.

Für die Hinterbliebenen tritt ein Ruhen der Versorgungsgebühren ein, wenn der alleinlebende Witwe neben der Rente mehr als 6500 M. Jahreseinkommen hat. Bei der Witwe mit einem Kind erhöht sich dieser Betrag auf 7000 M., bei der Witwe mit 2 Kindern auf 7700 M., mit 3 Kindern auf 8400 M., mit 4 Kindern auf 9100 M.

Für je 1000 M., um die das Einkommen der Hinterbliebenen die Höhe übersteigt, ruht ein Zehntel der Rentenbezüge, und zwar wird, wenn das Einkommen aus Arbeitseinkommen besteht, im allgemeinen nur die Witwenrente von dem Ruhen betroffen. Erst wenn das Arbeitseinkommen mehr als 12000 M. beträgt, ruht unter Umständen auch ein Teil der Waisenrente.

Folgende Beispiele mögen zur Erläuterung dienen: Für eine in einer mittleren Stadt (Ortsklasse C) lebende kinderlose Witwe eines gelerneten Arbeiters, die eine Rente von 1856 M. bezieht und ein Arbeitseinkommen von 7000 M. im Jahre hat, ruht ein Zehntel ihrer Rente in Höhe von 185 M., jedoch ist insgesamt über ein Einkommen von 8671 M. verfügt. Erst bei einem Arbeitseinkommen von mehr als 10 500 M. würden sich die Rentenbezüge um die Hälfte vermindern, und erst bei einem Arbeitseinkommen von mehr als 15 500 M. ruhen sie vollständig.

Eine in Ortsklasse A lebende Witwe eines gelerneten Arbeiters mit einem Kinde, die neben ihrer Rente von 3136 M. ein Arbeitseinkommen von 7000 M. erzielt, befreit ihre Rente unterwärts; beträgt das Arbeitseinkommen 8000 M., so vermindern sich die Bezüge um ein Zehntel der Witwenrente, d. h. um 208 M., jedoch ihr neben ihrem Arbeitseinkommen von 8000 M. noch Rentenbezüge von 2928 M. zustehen. Ein vollständiges Ruhen würde in diesem Fall erst bei einem Einkommen von mehr als 16 000 M. eintreten.

Für eine auf dem Lande lebende Witwe eines Bauarbeiters mit 2 Kindern, die neben Witwen- und Waisenrente von 3101 M. durch eigene Arbeit einen Jahresdienst von 8000 M. erzielt, ruht ein Zehntel der Witwenrente mit 154 M. Da sie dasselbe Einkommen nicht aus Arbeitseinkommen, sondern aus Vermögen, so ruht ein Zehntel der gesamten Rentenbezüge im Betrage von 310 M.

Im allgemeinen wird ein erheblicher Teil der Hinterbliebenenbezüge nur dann ruhen, wenn es sich um Hinterbliebenen mit großen Vermögen oder um alleinlebende voll erwerbsfähige Witwen handelt; Witwen mit mehreren Kindern erzielen nur selten so große Arbeitseinkommen, daß eine wesentliche Verminderung der Bezüge eintritt.

Am 1. Oktober d. J. beginnen in den hiesigen Kinderheimen Sänglingspflegekurse mit zweijähriger Dauer.

Die Kursteilnehmerinnen erhalten freie Verpflegung und Wohnung in den Anstalten; außerdem übernimmt die Stadtverwaltung das Krankengeld und die Invalidenversicherung und gewährt ein kleines monatliches Taschengeld.

Die Erfahrungen haben gezeigt, daß den Mädchen als Sänglingspflegerinnen von den Anstalten jeweils gute Dienststellen vermittelt werden können. Die Eltern, die gewonnen sind, ihre Töchter diesem Berufe zuzuführen, werden gebeten, schriftliche Gesuche unter Beifügung des Lebenslaufes, des Geburts- und Taufzeichens und des Impfscheines beim hies. Jugendamt, Rathaus, umgehend einzureichen.

Stadt, Jugendamt.

Nährkurse?

5850
im Gemeindehaus, Blücherstr. 20, nachmittags von 2-5 Uhr täglich (außer Samstags) für schulentlassene Mädchen, monatlich 30 M.; Abends von 7 bis halb 10 Uhr zweimal wöchentlich für Frauen und Frauen, die ihre Kinder unter Leitung der Lehrerin selbst anfertigen wollen, monatlich 25 M. Eintritt jederzeit. Anmeldungen erbeten an den Hausmeister oder bei Frau Handelsgärtner Brehn, Kaiserstraße 154 (gegenüber der Post) von der Frauengruppe des Ev. Vereins der Weststadt.

Geschäfts-Empfehlung.
Empfehle mich in
schm. Arbeiten der Herrschneidererei, Neuauflage, sowie Wenden, Umändern, Reparaturen, Reinigen und Bügeln bei billiger Berechnung. **Gottlieb Heimbürger, Schneider.** Zähringerstraße 12, parterre.

Klein-Verkauf

Brennholz

wieder **Rappenerstraße 8** 5357
morgens von 8-12 Uhr
mittags von 2-6 Uhr.

Carl Finkelstein

Telephon 5113.

Platina, Gold und Silber

und bezahle die höchsten Tagespreise.
Carl Anwarier, Aricastraße 81, parterre.

Wokomobile

4, 5, 6, 8, 10 PS, fahrb., auch als Dreifachsch. fahrb. in Eibler, Wülfersg. 11.

Platin Gebisse

mit Gold - Silber - Zecunstoffe - Zähne
kauft zu gewerblichen Zwecken höchste Preise.
W. Jung, Kaiserstr. 9. 1 Treppe. Nur von 1/2 bis 1/2 bis 1/2 Uhr.

Kragen -Wascherel Schorpp

Herst. schnellstens
Stärke-Wäsche
Annahmestellen:
Karlsruhe:
Ludwig-Wilhelmstr. 6
Kaiserstr. 84 a, 248
Gerwigstrasse 45
Amalienstrasse 16
Waldrasse 64
Wilhelmsstrasse 62
Augustastrasse 18
Schillerstrasse 18
Kaiserliches 87
Gabelsbergerstr. 1
Rheinstraße 18.
Durlach: Hauptstrasse 15.

Kleider!

Uniformen, Schöße, Mäntel, Vorhänge, Federbetten, fertige, fortwährend zu höchsten Preisen.
S. Ugelrad
Tel. 3980, Eisenweintr. 32

Metallbetten

Schuldbetten, Matrassen, Kinderbetten, Kolliker an Federn, Katalog frei, Versandbetriebl. **Suhl, Th.**

Reines Schweinefett

17.50
Auslandsfett
1/2 Schmalz 17.50
1/2 Kokosfett 15.50

Feine Süßrahm-Margarine

17.12
Tafel-Öl
Liter 25.-
Vollreis
17.50
Deutsche Kernseife
Doppelt 17.60

Freileitungs-Monteur

ge sucht.
Georg Hanstein & Cie.
Hauptstr. 6.
Robrstühle
werden dauerhaft ge-
flochten u. repariert, auch
mit echt baltischem Holz.
S. Eitel, Waldstr. 35,
Eib. IV. Auch nach aus-
wärtig. Postkarte genügt.

Sozialdemokr. Verein Karlsruhe

Bezirk Weststadt.
Mittwoch, den 15. ds. Mts., abends 7 1/2 Uhr, im „Württemberg Hof“

Berzirks-Versammlung

Tagesordnung:
1. Berichterstattung von der Kreisvorferenz durch Gen. Kunge.
2. Verschiedenes.

Betriebsräte

engere u. erweiterte Ortsverwaltungsmitglieder, Obleute und Vertrauensmänner des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes

Donnerstag, den 16. September, findet nachmittags punkt 5 Uhr, in der „Kronenhalle“, Kronenstr. 3, kombinierte

Sitzung

mit folgender Tagesordnung statt:
1. Bericht von der Gau- und Ortsvorstands- konferenz in Berlin.
2. Wahl eines Delegierten zum Betriebsräte- Kongress in Berlin.
3. Verschiedenes.

Hierzu laden wir sämtliche Betriebsratsmit- glieder, wo solche vorhanden, die Ersahler, Sektionsleitungen, Obleute, Vertrauensmänner und Ortsverwaltungsmitglieder dringend ein. Mitgliedsbuch ist zur Kontrolle mitzubringen und am Eingang vorzuzeigen.
Die Ortsverwaltung, 613er.

Wutung! Kraftfahrer! Wutung!

Dienstag, den 14. September, abends 8 Uhr, findet in der „Alten Linde“, Ede Jirtel und Welter- straße, eine wichtige

Berammlung

statt. Die Tagesordnung wird im Total bekanntgegeben. Wir laden sämtliche Kraftfahrer hierzu freund- lichst ein und erwarren vollzähligen Besuch.
5361 Die Sektionsleitung, 611

Herren-Zimmer

in dunkel eichen, hat sehr prägnant abzugeben.
Sastian, Kaiser-Allee 101, parterre. Telephon 336.

Offene Beine

alte übertragene Geschwüre, Flechten, Krätze, Gekke, Ausschlag über Stellung ganz un- ioniert, nur Rückmarke erkrankt.
2418

„Nissin“

gegen Kopfläuse
Nichts anderes nehmen!
Zu haben in allen Apo- theken und Drogerien.

Wanzentod

zur Selbstvergiftung sicher wirkend, erhältlich bei U. S. A. Fr. Springers
Markgrafenstr. 52
Karlsruhe - Tel. 3208

DRUCKSACHEN

ALLER ART
für Behörden, Handel, u. Ge- werbe sowie privaten Bedarf liefert in geschmackvoller u. preiswerter Ausführung in
Schwarz- und Buntdruck

Buchdruckerai „Volksfreund“

Karlsruhe Geck & Cie. Lufsenstr. 24

Durlacher Anzeigen.

Milchpreis.
In unserem Milchlieferbezirk Bretten ist der Erzeugerhöchstpreis für den Liter Vollmilch wieder auf 1.50 M. erhöht worden. Außerdem hat es sich als notwendig erwiesen, auch in den anderen Liefer- orten für die Milch 1.50 M. frei Sammelstelle bei- zusetzen.

Mit Zustimmung der Lebensmittelkommission wird deshalb der Verbraucherpreis für Vollmilch in hiesiger Stadt mit sofortiger Wirkung von 1.50 M. auf 2 M. für den Liter erhöht.
Durlach, den 11. September 1920.

Rastatter Anzeigen.

Die Stadtrechnung und deren Nebenrechnungen für das Jahr 1917 liegen vom 13. September ds. J. ab 14 Tage lang im Rathaus, Zimmer Nr. 3, zur Einsicht der Gemeindefreiwirtschaftlichen auf.
Rastatt, den 7. September 1920.
Der Gemeinderat.

Offenburger Anzeigen.

Fett-Verjorgung.
Verkauft wird ab Dienstag, den 14. September: Butter, Rohmenge 50 Gramm, M. 1.50, gegen die Fettmarkte K 46, nur für die Kunden der Ver- kaufsstellen Lang und Weinbold.
Ab Donnerstag:
Kuerich, Schweinefett, Rohmenge 100 Gramm, M. 3.10, gegen die Fettmarkte K 43, in hiesi- gen Fettverkaufsstellen.
Anmerkung für die Handlungen:
Americh, Schweinefett, wird Mittwoch, nach- mittags 2-4 Uhr, in der städt. Milchzentrale abgege- ben.
Offenburg, den 13. September 1920.
Stadt, Lebensmittelamt.